

Klasse gegen Klasse

www.klassegegenklasse.org

Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie
von RIO – Nr. 10 – Mai-Juni 2014
2 Euro / 4 CHf – Solipreis: 4 Euro / 8 CHf

Streikrecht verteidigen!
Gegen die „Tarifeinheit" der Bundesregierung und der DGB-Bürokratie!

Streiks der Refugees
SchülerInnen und Studierende streiken bundesweit für Geflüchtete

Sozialchauvinismus
Über „SozialistInnen", die für imperialistische Kriege stimmen

Nieder mit der EU des Kapitals!

Die Europäische Union präsentiert sich als Vereinigung Europas. Doch diese imperialistische Allianz hilft dem deutschen Kapital, andere Teile Europas und der Welt zu unterwerfen. MarxistInnen kämpfen für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

RIO
Revolutionäre Internationalistische Organisation
Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale



Der Refugee Schul- und Unistreik

aktuelle Artikel auf **klassegegenklasse.org**


Streikrecht verteidigen! Seite 7


Vom 15. Mai zum 22. März Seite 12


Kuba: Kapitalistische Restauration Seite 16


Pan y Rosas Seite 22

KLASSE GEGEN KLASSE Nr. 10

Klasse Gegen Klasse: Nummer 10, Mai-Juni 2014; **Chefredakteur:** Stefan Schneider; **Redaktion:** Wladek Flakin, Peter Robe, K.A. Stern, Friedrich Jäger, Baran Serhad; **In dieser Ausgabe schreiben außerdem:** Victor Jalava, Max Karlmann, Josefina Martínez, Suphi Toprak; **Layout:** Wladek Flakin; **ViSdP:** R. Müller, Hamburg.

www. KLASSEGEGENKLASSE .org

➟ www.facebook.com/RevolutionaereInternationalistischeOrganisation



Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale
www.ft-ci.org

Argentinien
Partido de los Trabajadores Socialistas
www.pts.org.ar

Mexiko
Liga de Trabajadores por el Socialismo – Contracorriente
www.ltscc.org.mx

Bolivien
Liga Obrera Revolucionaria por la Cuarta Internacional
www.lorci.org

Brasilien
Liga Estratégia Revolucionaria – Quarta Internacional
www.ler-qi.org

Chile
Partido de Trabajadores Revolucionarios
www.ptr.cl

Venezuela
Liga de Trabajadores por el Socialismo
www.lts.org.ve

Costa Rica
Liga de la Revolución Socialista
lrscostarica.blogspot.com

Uruguay
Gruppe der FT-CI
debatemilitante.blogspot.com

Spanischer Staat
Clase Contra Clase
www.clasecontraclase.org

Frankreich
Mitglieder in der Courant Communiste Révolutionnaire innerhalb der NPA
www.ccr4.org

Deutschland
Revolutionäre Internationalistische Organisation
www.klassegegenklasse.org



von der **Redaktion**

Nieder mit der EU des Kapitals!

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! Am 25. Mai den Wahlzettel ungültig machen!

„Die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen [sind] entweder unmöglich oder reaktionär." – W.I. Lenin, 1915

Die Europa-Wahlen am 25. Mai könnten alle Rekorde brechen: Noch nie war das Desinteresse so groß. Laut einer Umfrage zeigten 72 Prozent der Deutschen nur geringes oder gar kein Interesse an diesem Urnengang.[1]

Das liegt auch nicht nur daran, dass die Phrasen auf den diesjährigen Wahlplakaten besonders inhaltsleer sind. Das zu wählende Parlament ist nur eine demokratische Fassade für die EU-Bürokratie, die von den europäischen Großmächten geleitet wird. Dieses Parlament entscheidet nichts.

Der Charakter der Europäischen Union wird deutlich, wenn man sich die Situation in Griechenland oder Portugal anschaut: Die EU setzt eine massive Senkung der Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung durch, um die Profite deutscher und französischer Banken zu sichern. Das deutsche Kapital will sie nutzen, um seine Hegemonie über ganz Europa durchzusetzen – auch wenn dies nicht ohne Reibungen und Konfrontationen mit den anderen europäischen Imperialismen vonstatten gehen wird, allen voran Frankreich.

Nicht nur an der europäischen Peripherie, sondern auch beim diplomatischen Gerangel um die Ukraine oder bei Militäreinsätzen in Zentralafrika wird deutlich, wie die EU die Interessen europäischer Konzerne durchsetzt. Die Repression gegen Geflüchtete – die vor den Folgen imperialistischer Herrschaft aus ihren Ländern fliehen müssen – wird durch die EU koordiniert.

Dennoch hat die Linkspartei auf ihrem Parteitag im Februar in Hamburg diesen Bund kapitalistischer Staaten anerkannt – man möchte ihn lediglich etwas „sozialer" machen. Dazu passt, dass im April erstmalig Bundestagsabgeordnete der Linkspartei offen für einen Auslandseinsatz des deutschen Militärs gestimmt haben , während noch weitere Mitglieder der Linksfraktion den Einsatz mit Enthaltung unterstützten, und einige andere nicht anwesend waren, sich also diesem politischen Kampf verweigerten. Obwohl das klar gegen das Parteiprogramm und das Europawahlprogramm verstößt, protestiert bisher nur eine kleine Minderheit in der Linkspartei dagegen und fordert den Ausschluss der KriegstreiberInnen aus der Partei.[2] Selbst trotzkistische Strömungen wie Marx21 oder die SAV äußern sich bisher verhalten und relativierend über diesen Dammbruch.

Die Linkspartei zeigt sich immer offener als eine Stütze des Systems, die jederzeit bereit wäre, die Geschäfte des deutschen Imperialismus mitzuführen. Die Unterstützung für den Kriegseinsatz – die parlamentarisch gesehen auch vollkommen überflüssig war – ist eine symbolische Geste, die zeigt, dass man jedes soziale oder pazifistische Versprechen über Bord zu werfen bereit ist, wenn man dafür nur an die Regierung kommt. Deswegen ist die Akzeptanz der EU für sie selbstverständlich. Die Linkspartei-Bürokratie erkennt im Aufstieg des deutschen Imperialismus ihr eigenes materielles Interesse als vermittelnde Instanz zwischen dem deutschen Kapital und Teilen der ArbeiterInnenklasse.



Dabei ist die tatsächliche Vereinigung Europas eine dringende Aufgabe. Die Produktivkräfte der Menschheit sind längst über die engen Grenzen der Nationalstaaten hinaus gewachsen – nicht nur durch ganz Europa, sondern um den Globus herum erstrecken sich die Produktionsprozesse. Dieser Widerspruch zwischen international organisierter Produktion und national getrennten Gruppen von KapitalistInnen, die auf eigene Staaten angewiesen sind, bedroht die Menschheit immer wieder mit neuen Krisen und Kriegen. Nur die ArbeiterInnenklasse, deren Interessen nicht an Nationalstaaten gebunden sind, kann diese Grenzen überwinden.

Zur Zeit profitieren rechte und rechtsextreme Kräfte von der Krise in Europa. Mit rassistischen Losungen und Rufen nach mehr „Souveränität" bemühen sie sich, die Reihen der ArbeiterInnen noch weiter zu zersplittern und somit die Krise zu vertiefen. Die ArbeiterInnenbewegung muss eine eigene Lösung der Krise aufzeigen, die sich auf die freiwillige Vereinigung Europas auf sozialistischer Grundlage orientiert. Obwohl Deutschland aktuell noch von der stärkeren Unterwerfung der europäischen Peripherie profitiert, werden auch ArbeiterInnen in Deutschland eher früher als später für die Kosten der Krise aufkommen müssen. Denn auch wenn die deutsche Regierung heute noch von der sozialen Ruhe im Land profitiert, um sich auf ihre expansive Außenpolitik zu konzentrieren, bereitet sie jetzt schon Angriffe im eigenen Land vor. Der aktuelle Angriff auf das Streikrecht ist ein Vorbote davon. Deswegen brauchen wir jetzt eine Politik der aktiven Solidarität mit den Kämpfen unserer Klassengeschwister in anderen Ländern, um den Kurs des deutschen Imperialismus zurückzuschlagen.

Vor diesem Hintergrund sollten die ArbeiterInnen und Jugendlichen keiner Partei eine Stimme geben, die zur Europawahl antritt. Auf dem Wahlzettel steht keine ernstzunehmende Option gegen die kapitalistische Krise und gegen den zunehmenden Militarismus. Deswegen sollte man **den Wahlzettel ungültig machen**, indem man schreibt: **Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!** Das ist auch ein Zeichen dafür, dass wir eine Partei brauchen, die für die politische Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse von den Bourgeoisien und ihren Institutionen sowie für die internationale Einheit unserer Klasse steht.

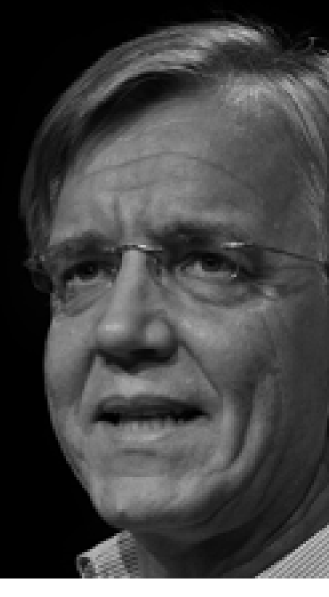


1. Handelsblatt: Deutsche zeigen wenig Interesse an Europawahl. http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/zdf-politbarometer-deutsche-zeigen-wenig-interesse-an-europawahl/9752230.html.

2. https://www.facebook.com/linkesdsmuenchen



100 Jahre Sozial-chauvinismus



Ein Jahrhundert nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges erhebt der Sozialchauvinismus wieder sein Haupt.

Philipp Scheidemann (SPD) und Dietmar Bartsch (Linkspartei): zwei „Sozialisten", die Kriege des deutschen Imperialismus unterstützen.

von **K.A. Stern** (RIO, Berlin)

100 Jahre Erster Weltkrieg – Schnee von gestern? Keineswegs, sind doch die KriegstreiberInnen von damals noch lange nicht entmachtet. Deutschland schickt sich an, seine Vormachtstellung in Europa zu konsolidieren, und will jetzt auch militärisch wieder „mehr Verantwortung übernehmen". Mit dem Konflikt um die Ukraine und der Protestbewegung in Bosnien und Herzegowina ist die Lage in Osteuropa – auch 1914 Auslöser für das imperialistische Massenschlachten – höchst angespannt.

Die SPD, die am 4. August 1914 mit ihrem „Ja" zu den Kriegskrediten die internationale Solidarität hochgehen ließ und auf die Seite der ImperialistInnen trat, lässt ihren Sozialpatriotismus heute ebenfalls hochleben: Sie erdreistet sich nicht nur, sich selbst anlässlich des Jubiläums zur „Friedenspartei" zu ernennen, sondern sieht auch in Russland damals wie heute den eigentlichen Feind der Zivilisation.[1]

Eine Änderung immerhin: Bei der Linkspartei haben wir es heute mit einer „zweiten Sozialdemokratie" zu tun, die sich bisher damit brüstete, noch nie einem bundesdeutschen Auslandseinsatz zugestimmt zu haben. Doch ausgerechnet in diesem symbolischen Jubiläumsjahr hat die Partei in gleich zwei spektakulären Abstimmungen ihre Gegnerschaft zu Militarismus und Imperialismus relativiert: mit dem auf dem Hamburger Parteitag verabschiedeten Europawahlprogramm und mit der Zustimmung zum Bundeswehreinsatz im Mittelmeer von einem Teil ihrer Fraktion im Parlament. Wie steht es also heute um den Sozialpatriotismus? Und was machen die InternationalistInnen dagegen?

Die diesjährigen Europawahlen finden vor dem Kontext der harten Spardiktate der Troika gegen die arbeitende Bevölkerung vieler Länder Europas statt. Gleichzeitig existiert eine breite Ablehnung der EU als bürokratisches, undemokratisches Monster. Dementsprechend beschrieb die Entwurfsfassung des Europawahlprogramms der Linkspartei die EU korrekt, wenn auch ungenügend, als „militaristisch, neoliberal und undemokratisch".

Daraufhin folgte eine breite Kampagne der bürgerlichen Medien. Die Partei sollte in die Nähe rechtspopulistischer NationalistInnen gestellt werden. Doch die Parteiführung reagierte nicht etwa mit der Denunziation der falschen Wahl zwischen EU und Nationalstaaten, sondern kapitulierte und definierte die EU als offenen Rahmen für Veränderungen.

Dies war aber kein bloßes „Einknicken", geschweige denn ein Ausrutscher. Die Linkspartei ist ein reformistischer Apparat, der sich in kapitalistischen Regierungen eines imperialistischen Landes installieren möchte. Die deutsche Bourgeoisie strengt gerade ihre gesamten Kräfte an, um ihre imperialistische Macht auszubauen. Die Liebichs, Bartschs und Gysis sehen ihre Zukunft darin, den „demokratischen Rahmen" des Systems zu gestalten, welches die imperialistische Aggression nach Außen mit einer Sozialpartnerschaft nach Innen in Einklang bringen möchte.

Wenig später unterstützte die Linkspartei den Imperialismus noch offener. Am 9. April entsendete der Bundestag eine deutsche Fregatte zur Unterstützung US-amerikanischer Missionen mit der Rechtfertigung, syrische Giftgaswaffen zu vernichten. Das Mandat, das das Parlament der Bundesmarine ausgestellt hat, umfasst dabei neben dem Mittelmeerraum auch Teile des Atlantiks.

Die bürgerliche Propaganda behauptet, es ginge hier um „Abrüstung". Doch imperialistische Militärpräsenz hat noch nie Frieden gebracht und wird es auch nie. Nichtsdestotrotz stimmten hier erstmals fünf Abgeordnete der Linkspartei für einen Auslandseinsatz der Bundeswehr, während sich noch mehr enthielten oder der Abstimmung fernblieben, statt ihre Ablehnung auszudrücken. Ein offener Verstoß gegen Partei- und Wahlprogramm. Die Demagogie Gysis, dass es offen stünde, ob es sich nun um einen „Auslandseinsatz" handle,[2] zeigt die offensichtliche Unmöglichkeit, eine Anti-Kriegspolitik mit seiner Partei zu machen, die eine Regierungsbeteiligung vorbereitet.

Auf dem Europaparteitag der Linken hat kaum eine Strömung der Parteilinken gegen den pro-imperialistischen Kurs der Führung nennenswerten Widerstand geleistet.[3] Mit dem neuerlichen Vorstoß der parteirechten Führung angesichts des Bundeswehreinsatzes sieht es nicht besser aus.

Die trotzkistischen Strömungen, die in der Linkspartei aktiv sind, waren bisher mehr als zahnlos. Die Bundestagsabgeordnete Christine Buchholz, Mitglied von Marx21, findet alles halb so schlimm, denn: *„dieser Einsatz [weicht] von dem klassischen Schema der Auslandseinsätze ab […], wo die Bundeswehr in laufende Konflikte eingreift."* Außerdem wollten die meisten *„ansonsten keine Einzelfallprüfung von Einsätzen."*[4] Die AKL, in der die SAV arbeitet, atmet in ihrer Erklärung auf, dass immerhin 35 der Abgeordneten noch mit Nein stimmten.[5] Die SAV selbst hat es bislang sogar ganz vermieden, die Abstimmung zu kommentieren.

Der einzig nach außen wahrnehmbare Widerstand regte sich im Münchner SDS, der mit einem offenen Brief den Ausschluss der fünf Abgeordneten aus der Linkspartei fordert.

„Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" Was Liebknecht vor 99 Jahren angesichts des ersten imperialistischen Weltkrieges schrieb, gilt heute noch. Die größte Bedrohung für die ArbeiterInnen in Deutschland, Europa und der Welt sind immer noch die eigenen Bourgeoisien. Deswegen ist die Entwicklung einer antiimperialistischen und internationalistischen Antwort die dringendste Aufgabe von RevolutionärInnen.

1. Zeit: Gabriel sieht Russland zum Einsatz von Panzern bereit. http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-04/gabriel-russland-ukraine-panzer
2. Rüdiger Göbel: Gysi: Nein zum Nein. http://www.jungewelt.de/2014/04-05/011.php
3. Stefan Schneider: Die Linkspartei kapituliert vor dem deutschen Imperialismus. In: Klasse Gegen Klasse Nr. 9. http://www.klassegegenklasse.org/die-linkspartei-kapituliert-vor-dem-deutschen-imperialismus/.
4. marx21.de: „Es geht um eine weltweit einsetzbare Armee". http://marx21.de/content/view/2103/32/.
5. AKL: 35 LINKE-Abgeordnete gegen Fregatteneinsatz auf dem Mittelmeer. http://www.antikapitalistische-linke.de/?p=412.

Warum sind MarxistInnen gegen die EU?

Die EU präsentiert sich als Vereinigung Europas, als Schritt zur Überwindung überkommener nationaler Grenzen. Doch wir als MarxistInnen erklären uns zu GegnerInnen der EU. Für uns bedeutet die EU nichts anderes als imperialistische Unterdrückung. Doch wie können wir InternationalistInnen ein solches internationales Projekt ablehnen? Nichts liegt uns ferner, als die Nationalstaaten zu verteidigen. Warum sind wir dann gegen die EU? Und was setzen wir ihr entgegen?

Die EU ist eine politische Institution des Imperialismus. Imperialismus beschreibt eine besondere Entwicklungsstufe des Kapitalismus, die sich durch die weit fortgeschrittene Konzentration des Kapitals zu gigantischen Monopolen auszeichnet. Dadurch entstand das Finanzkapital, eine Fusion des Industriekapitals mit dem Bankkapital. Im imperialistischen Stadium des Kapitalismus existieren weltweit agierende Konzerne. Durch Kapitalexport bringen diese auch andere als ihre „eigenen" Volkswirtschaften unter ihre Kontrolle. Aufgrund dieses Wettrennens um die Aufteilung der Welt unter den Konzernen kommt es zu immer stärkeren politischen und militärischen Konflikten auch zwischen den kapitalistischen Staaten, zu militärischen Besetzungen und dem Anstacheln regionaler Konflikte.

Die EU bildete sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nach und nach heraus, vor dem Hintergrund, dass die USA die Hegemonie unter den imperialistischen Mächten erlangt hatten. Die durch den Krieg geschwächten europäischen Mächte, insbesondere Deutschland und Frankreich, fanden sich zunächst zu einer beschränkten Allianz zusammen, um die Aufteilung der europäischen Einflusssphäre zu steuern. Heute ist sie ein Instrument, um innerhalb und außerhalb die hegemonialen Interessen des Kapitals (besonders des deutschen Kapitals) durchzusetzen. Dies geschieht auch vor dem Hintergrund des langsamen Niedergangs des US-Imperialismus, wo die EU für Deutschland eine Möglichkeit bietet, eine unabhängigere Rolle von den USA zu spielen. Von der Währungspolitik der EZB bis zu weltweiten gemeinsamen Militäreinsätzen der EUFOR agiert die EU als imperialistische Allianz, die allerdings alles andere als einheitlich ist.

In der aktuellen Wirtschaftskrise sind die Mitgliedsstaaten der EU natürlich weit davon entfernt, in gleichem Maße betroffen zu sein. Entgegen bürgerlicher Propaganda sind die Ursachen dafür nicht in besserer oder schlechterer Steuerpolitik oder gar in der Arbeitsmoral zu suchen.

Das deutsche Kapital mit seiner Konzentration hochtechnologischer Industrien besitzt einen großen Vorteil gegenüber anderen Volkswirtschaften.[1] Mit der Einführung des europäischen Binnenmarktes und der gemeinsamen Währung konnte es zudem leicht in die Märkte der in die Wirtschaftskrise geratenen Länder eindringen. Die hatten nun allerdings nicht mehr die Möglichkeit, mit währungspolitischen Mitteln wie Deflation zu antworten. In ihrer Wettbewerbsfähigkeit geschwächt, verschuldeten sich die Länder des europäischen Südens, infolge dessen verstärkte sich das Ungleichgewicht weiter.

Diese sogenannten PIGS-Staaten (Portugal, Italien, Griechenland, Spanien), mit besonderer Härte von der Krise getroffen, wurden nun von den stärkeren Staaten des Nordens mit Finanzspritzen „gerettet" – zu dem Preis teils wichtiger Elemente ihrer nationalen Souveränität. Die imperialistischen Institutionen wie die Troika aus EU, EZB und IWF konnten harte „Strukturreformen" durchdrücken: Gerade Griechenland wurde und wird zu starken Einsparungen im öffentlichen Dienst und der staatlichen Daseinsvorsorge gezwungen, genauso zu massiven Privatisierungen der staatlichen Infrastruktur. Auf diese Weise werden die Lebensbedingungen der Massen der Bevölkerung dramatisch verschlechtert.

Das deutsche Kapital und sein Staat konnten ihre Machtstellung im Rahmen der Krise ausbauen. Es ist kein Wunder, dass im aktuellen Konflikt in der Ukraine auch von deutschen Fraktionen angeführte Kräfte an der Spitze standen. Zudem fordern verschiedene europäische und auch US-amerikanische ImperialistInnen eine stärkere und bewusstere Führung Deutschlands. So sagte EU-Währungskommissar Olli Rehn kürzlich, viele hätten *„nichts gegen mehr Führung durch Deutschland"*.[2]

Vor diesem Hintergrund sind die offenen Anbiederungen der Linkspartei an den Imperialismus von besonderer Qualität. Sie zeigen, dass diese Partei keinerlei progressive Alternative für die ArbeiterInnen Europas bietet. Aber eine klare antiimperialistische Linie ist für RevolutionärInnen und ArbeiterInnen gerade in Deutschland die dringendste Aufgabe.

Wir revolutionäre MarxistInnen lehnen die verschiedenen bürgerlichen Antworten auf die Eurokrise ab, die ihren Weg leider auch in die ArbeiterInnenbewegung finden. Völlig inakzeptabel ist die Position der reformistischen Linkspartei, die in der EU einen „offenen demokratischen Rahmen" erkennen will. Nicht weniger schädlich ist der Vorschlag der stalinistischen KKE aus Griechenland, gegen den Euro die nationale Souveränität zu verteidigen.

Angesichts der absoluten Verflechtung der europäischen Wirtschaft kann es in keiner Weise eine Rückkehr zu Nationalstaatlichkeit geben. Sollten die ArbeiterInnenklasse und die Massen der südlichen Länder das Diktat der Troika abschütteln, werden sie sich an die ArbeiterInnen der anderen europäischen Länder wenden müssen, schon allein um sich gegen die folgenden Angriffe der EU zu wehren.

Zur Überwindung der nationalen Grenzen und der Diktate der imperialistischen Mächte müssen die ArbeiterInnen und Unterdrückten Europas ihre eigene Alternative der EU entgegen stellen. Wir brauchen eine Vereinigung des Kontinents auf Grundlage von ArbeiterInnenregierungen und eines Notprogramms gegen die Krise. Deswegen kämpfen wir TrotzkistInnen ***für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa***!

Diese Losung haben MarxistInnen wie W.I. Lenin und Leo Trotzki bereits vor 100 Jahren vertreten. Im letzten Jahrhundert haben die europäischen Bourgeoisien immer wieder ihre Unfähigkeit bewiesen, den Kontinent zu vereinigen. Deswegen ist die Losung aktueller als je zuvor: Nur die ArbeiterInnenklasse kann Europa vereinen.

kas

1. Juan Chingo: In welcher Etappe der Eurokrise befinden wir uns? In: Klasse Gegen Klasse Nr. 3. http://www.klassegegenklasse.org/in-welcher-etappe-der-eurokrise-befinden-wir-uns/

2. FAZ: „Sollte es so weitergehen, wird Russland in die Rezession fallen." http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/eu-kommissar-rehn-groessere-ungewissheit-im-verhaeltnis-zu-russland-12882997.html.



Mehr wäre drin gewesen

Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wäre durch ihre Warnstreiks mehr möglich gewesen, als die Gewerkschaftsbürokratie letztendlich rausholte.



„Wir sind mehr Wert!", hieß die Losung von ver.di. Doch wir sind auch mehr Wert als das magere Ergebnis der Tarifrunde.

von **Friedrich Jäger** (RIO, München)

Die Stimmung war gut. Bis zu 100.000 Beschäftige aus dem öffentlichen Dienst beteiligten sich im März an den Warnstreiks für ihren Tarifvertrag, darunter viele Jugendliche. Es ist der wichtigste Tarifvertrag der Gewerkschaft ver.di, und die Bürokratie musste sowohl gegenüber ihrer Basis als auch gegenüber dem deutschen Staat beweisen, dass sie etwas wert ist. Dass sie dazu bereit ist, Hunderttausende zu mobilisieren, aber genauso bereit, die Forderungen „maßvoll" zu halten und die Mobilisierung wieder abzuwürgen. Die Forderungen für die Beschäftigten von Kommunen und Bund waren ein Sockelbetrag von 100 Euro plus 3,5 Prozent Gehaltserhöhung, das heißt durchschnittlich 7,1 Prozent mehr Lohn. Außerdem wieder im Forderungskatalog: eine Übernahmegarantie für Auszubildende.[1]

Nach erfolgreichen Mobilisierungen zu den Warnstreiks hat die Bürokratie von ver.di den Streik am grünen Tisch abgewürgt. Ergebnis: ein zweijähriger Tarifvertrag mit einer Lohnerhöhung von 3,0 Prozent im Jahr 2014 und 2,4 Prozent im folgenden Jahr, bei einer garantierten Lohnerhöhung von 90 Euro für alle Gehaltsgruppen. Die besonders wichtige Übernahmegarantie für Auszubildende wurde wieder kampflos aufgegeben. Sachgrundlose Befristungen werden nach wie vor tariflich nicht ausgeschlossen. Die üblichen 24 Monate Laufzeit des Tarifvertrags gelten weiterhin.[2] Trotzdem hatte der Abschluss ein kosmetisch schönes Äußeres, klingt „Mindestbetrag" doch täuschend ähnlich wie „Sockelbetrag". Der vor allem der niederen Gehaltsgruppen zugute kommende Sockel bedeutete allerdings eine absolute Lohnerhöhung für alle Lohngruppen, auf die der relative Betrag hinzugerechnet wird. Der Mindestbetrag bedeutet lediglich, dass niemand unter 90 Euro Lohnerhöhung erhält – ein großer Unterschied.

Der Abschluss muss außerdem im Angesicht der konkreten Umstände beurteilt werden: Die Inflation hat in Deutschland, nach ihrem Tief in den Frühzeiten der Krise, wieder einen Wert von 2,2 Prozent erreicht, doch die Preise für Nahrungsmittel stiegen 2013 um 4,4 Prozent, die Mietpreise, vor allem in den Großstädten, steigen noch stärker.[3] Diese Fixkosten wiegen für untere Einkommenssektoren besonders schwer. Bei einer etwa gleichbleibenden Inflationsrate bleibt also vom relativen Teil der Erhöhung nicht viel übrig. Gleichzeitig gelten gute Konjunkturaussichten für Deutschland, das heißt, es bleiben besonders hohe Überschüsse übrig, die den Beschäftigten vorenthalten werden.

Der Abschluss kam ohne „echten" Streik zu Stande. Im Vergleich zu den positiven Ausgangsbedingungen und den durchaus kämpferischen Warnstreiks wurde lediglich ein mäßiges Verhandlungsergebnis von oben beschlossen. Statt selbst zum Lohnkampf aufzurufen, setzt die Gewerkschaftsbürokratie ihre Hoffnungen in einen von Union und SPD immer mehr zerlöcherten – ohnehin sehr niedrigen – Mindestlohn.[4] Auch hier treffen die Einschränkungen unter anderem Jugendliche, die nach aktuellen Planungen von den 8,50 Euro Mindestlohn ausgenommen werden sollen.

Die Gewerkschaftsbürokratie operiert auf schmalem Grat: Einerseits muss sie – gerade in Zeiten der Großen Koalition – ihr Dasein durch „kämpferisches" Auftreten rechtfertigen. Andererseits ist es ihr Interesse, den Burgfrieden nicht in Frage zu stellen, der qua Auslandsüberschüssen den Wohlstand sowohl der Bürokratie selbst als auch der mittleren und gehobenen Gehaltsklassen der Lohnabhängigen garantiert. Eine Mobilisierung der Massen scheint also notwendig, aber ebenso deren Beschränkung.

Diesen objektiven Beschränkungen ist nur mit konsequenten antibürokratischen Forderungen zu begegnen: Alle Entscheidungen müssen durch Streikversammlungen getroffen werden, Verhandlungsleute müssen gegebenenfalls mit imperativem Mandat ausgestattet werden und jederzeit abberufbar sein, FunktionärInnen dürfen nicht mehr als einen durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn erhalten und ihre Amtszeit muss begrenzt sein. Die Perspektive dieser streikdemokratischen Forderungen muss im Aufbau einer antibürokratischen Strömung liegen, die die Gewerkschaften als Organisierungseinheiten der Lohnabhängigen zurückerobert.

Ausflüchte der Bürokratie, es habe einfach an Kampffähigkeit gemangelt, sind in diesem Fall wenig glaubwürdig. So standen doch beispielsweise Stadtwerke-Beschäftigte als schwere Bataillone im Gefecht, ohne tatsächlich eingesetzt zu werden. Einen tatsächlichen „Test" der Kampffähigkeit, und auch der Streikkonjunktur allgemein, hat ver.di mit ihrem nach außen hübschen Verhandlungsergebnis verhindert. Nichtsdestotrotz hat der TVöD-Kampf Perspektiven aufgezeigt: Gerade die Übernahmeforderung für Auszubildende sprach eine kämpferische Jugend an, die von mehreren Seiten unter Druck ist, und die von der Gewerkschaftsbürokratie um ihre Kampferfahrungen beraubt wurde. Es müssen also Forderungen nach Beschäftigungsgarantie, Aufteilung der Arbeit auf alle durch Arbeitszeitverkürzung und ständige Preiskopplung des Lohns im Vordergrund stehen.

1. Labournet-Dossier: http://www.labournet.de/branchen/dienstleistungen/oedienst/tarifrunde-2014-offentlicher-dienst-bund-und-kommunen/.
2. Zum Abschluss 2014: http://oeffentlicher-dienst.info/tvoed/tr/2014/pressemitteilung.vka.3.html. Vergleich zum Abschluss 2012 und zuvor: http://oeffentlicher-dienst.info/tvoed/tr/2012/tarifeinigung.html.
3. Süddeutsche Zeitung: Lebensmittel treiben Inflation nach oben. http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/verbraucherpreise-lebensmittel-treiben-inflation-nach-oben-1.1864127.
4. Spiegel Online: Steigende Reallöhne: Aufschwung soll bei Arbeitnehmern ankommen. http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/loehne-aufschwung-soll-bei-arbeitnehmern-ankommen-a-962377.html.

Streikrecht verteidigen!

Ein Recht, uns zu knechten…? Die Bundesregierung und die DGB-Bürokratie versuchen mit der „Tarifeinheit", das Streikrecht einzuschränken.

von **Victor Jalava** (RIO, Berlin)



Könnte bald durch die „Tarifeinheit" verboten sein: PilotInnen der Lufthansa streiken mit der Vereinigung Cockpit.

Mit dem Gesetz zur sogenannten „Tarifeinheit" soll das Streikrecht massiv eingeschränkt werden. Es ist der wohl größte Angriff auf das Streikrecht in Deutschland in den letzten Jahrzehnten. Im Zurückschlagen dieser Attacke liegt eine der wichtigsten Aufgaben der linken und ArbeiterInnenorganisationen in Deutschland.

Das deutsche Kapital hat während der weltweiten Krise große Schritte in Richtung Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent gemacht, während der soziale Frieden in Deutschland größtenteils aufrecht erhalten wurde. Tragende Säule des deutschen „Konformismus" ist die Gewerkschaftsbürokratie, die durch ein restriktives Streikrecht unterstützt wird. Legal streiken dürfen ArbeiterInnen in Deutschland nur dann, wenn sie von einem Gewerkschaftsapparat die Genehmigung erhalten haben; nur dann, wenn ihr Streik ein wirtschaftliches und kein politisches Ziel hat; und in diesem Fall auch nur dann, wenn keine tarifvertragliche Regelung besteht und alle anderen Mittel zur Beilegung der Streitfragen gescheitert sind. Außerdem können „ehrenwerte", gut bezahlte RichterInnen auch die „Unverhältnismäßigkeit" von Streiks feststellen.

Mit der Krise haben sich in der Beziehung zwischen herrschender Klasse und Gewerkschaftsapparaten keine Risse aufgetan. Stattdessen wurden *„– in Deutschland und den ‚erfolgreichen' Ländern – die Gewerkschaften in einen ‚Krisenkorporatismus' einbezogen".*[1] Doch es entstanden oder wuchsen (oft nicht weniger bürokratische) Spartengewerkschaften, die den Druck auf die DGB-Gewerkschaften erhöhen.

Abgesehen davon, gibt es auch innerhalb der Gewerkschaftsbürokratien leicht anwachsende Fraktionierungstendenzen.[2] Die Selbstorganisierung der betrieblichen Basis ist weiterhin äußerst schwach ausgeprägt, doch die genannten Entwicklungen eröffnen Spielräume für die ArbeiterInnen. Die an Erfahrung reiche KapitalistInnenklasse Deutschlands hat sich daher entschlossen, eine krasse weitere Einschränkung des Streikrechts vorzunehmen.

Der Vorstoß der „Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände" (BDA) sieht vor, dass nur noch diejenige Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern in einem Betrieb das Recht haben soll, über Tarifverträge zu verhandeln und gegebenenfalls zu streiken. ArbeiterInnen, die enttäuscht eine Gewerkschaft verlassen, würden dies kaum mehr zu einer anderen gewerkschaftlichen Organisation hin tun. Künftig könnte nur ein einziger Gewerkschaftsapparat über Legalität oder Illegalität eines Streiks bestimmen. Darüber, welcher Apparat das jeweils wäre, könnten die KapitalistInnen dann auch mitentscheiden – indem sie ihre Unternehmen so in rechtlich „eigenständige" Betriebe umwandeln, dass dort bestimmte Apparate Tarifverträge aushandeln dürfen und andere eben nicht. Das Tarifeinheitsgesetz würde auch die Korruption verstärken, und nebenbei wären auch Scheingewerkschaften aus der unternehmerischen Retorte viel sinnvoller als bisher. Gerade für besonders prekarisierte Sektoren in Betrieben mit vielen befristeten KollegInnen würde das Gesetz eine entscheidende Entrechtung bedeuten. Arbeitskämpfe könnten viel leichter juristisch und polizeilich bekämpft werden.

Die Regierung der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD hat dieses Projekt im Koalitionsvertrag verankert. Die DGB-Gewerkschaftsspitzen paktieren in der Frage des Streikrechts offen mit den KapitalistInnen: 2010 war der Vorschlag zur gesetzlichen Einschränkung des Streikrechts als gemeinsame Initiative von BDA und Gewerkschaftsbund präsentiert worden. Die führenden FunktionärInnen der großen Apparate sahen darin die Möglichkeit, den lästigen Druck von unten bürokratisch und schnell abzuschwächen. Nun, als mit der neuen Bundesregierung das Projekt wieder offen auf den Tisch kam, aktualisierten die zentralen Gewerkschaftsführungen ihre Unterstützung. Der ver.di-Bundesvorstand hat allerdings für den DGB-Kongress im Mai beantragt, dass der DGB seine Ablehnung erklärt. Denn so manche ver.di-Gliederungen könnte durch die Folgen des streikfeindlichen Gesetzes Schwierigkeiten bekommen. Doch selbst wenn sich der DGB offiziell aus dem arbeiterInnenfeindlichen Projekt zurückziehen sollte: dass Widerstand von den Apparaten aus organisiert wird, ist mehr als unwahrscheinlich.

Das Gesetz muss unbedingt verhindert werden und das müssen wir von unten organisieren. Linke Gruppen müssen sich mit den gewerkschaftlichen Basisgruppen koordinieren. Eine besondere Verantwortung trägt hierbei die Linkspartei aufgrund ihrer organischen Verbindung mit Sektoren der ArbeiterInnenbewegung, die zwar das restriktive Streikrecht in Deutschland anprangert, jedoch außer Lippenbekenntnissen zur Ausweitung des Streikrechts kaum etwas in den Betrieben tut, um diese Forderung durchzusetzen. Gegen diesen Versuch unser Streikrecht einzuschränken, müssen wir über alle Strömungs- und Gewerkschaftsgrenzen hinweg eine Front aufbauen! Die Konferenz „Hände Weg vom Streikrecht!" in Frankfurt/Main am 16. Juni[3] muss als ein Schritt in diese Richtung genutzt werden. Außerdem müssen wir vor Ort Komitees zur Verteidigung des Streikrechts aufbauen. Ziel muss sein, die Gewerkschaftsbürokratien dazu zu zwingen, sich an der Verhinderung des Gesetzes zu beteiligen. Wir müssen der Offensive der herrschenden Klasse begegnen. Nun ist der Zeitpunkt, den politischen Streik zur Verteidigung des Streikrechts auf die Agenda zu setzen!



1. Frank Deppe: Gewerkschaften in der Großen Transformation: Von den 1970er Jahren bis heute. Eine Einführung. Köln 2012. S. 28.
2. Sichtbar z.B. in der Konferenz „Erneuerung durch Streiks". http://www.klassegegenklasse.org/eine-konferenz-fur-die-burokratie/.
3. http://www.streikrecht-verteidigen.org/

Refugee Schul- und Unistreik goes bundesweit!

Für eine gemeinsame Front gegen die rassistische Politik der Herrschenden!

von **RIO**, **Waffen der Kritik** und **Red Brain**

Der April begann bewegt in der Hauptstadt der Refugee-Proteste: Am Dienstag, den 8. April, wurde der symbolträchtige Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg mit Hilfe eines erfolgreichen Spaltungsmanövers des Berliner Senats und des Bezirks geräumt. Einige Tage zuvor […] diskutierten und feierten noch über 200 SchülerInnen, Studierende, solidarische AktivistInnen und Refugees gemeinsam und zeigten insgesamt ein starkes Signal internationalistischer und antirassistischer Solidarität. Am folgenden Tag fanden sich dann mehr als 50 AktivistInnen und Refugees zu einem Vernetzungstreffen zusammen, um über die Perspektiven der nächsten Zeit zu diskutieren und gemeinsame Aktionen vorzubereiten. Dort waren auch AktivistInnen aus Bremen und Hamburg sowie von Blockupy anwesend.

Das vorläufige Ende des Oranienplatzes bedeutet sicherlich erst einmal eine Schwächung der Refugee-Bewegung — nicht so sehr wegen der Symbolik des nun geräumten Platzes (auch wenn diese nicht genug betont werden kann), sondern weil Innensenator Henkel (CDU) und „Integrations"-Senatorin Kolat (SPD) sowie Bezirksbürgermeisterin Hermann (Grüne) mit fadenscheinigen Manövern erfolgreich einen Keil zwischen die Refugees getrieben haben. Schon lange wollten sie den Oranienplatz räumen lassen, wussten jedoch um den politischen Preis, dies gewaltsam mit der Polizei durchzusetzen. Deshalb entschieden sie sich dafür, die Refugees gegeneinander auszuspielen. Dabei nutzten sie die verzweifelte Situation, in der sich die Geflüchteten befinden, schamlos aus, um mit klitzekleinen Zugeständnissen dafür zu sorgen, dass ein Teil der Refugees am 8. April selbst begann, die Hütten auf dem Platz einzureißen — selbst die derjenigen, die nicht gehen wollten. […]

Die versprochene „Lösung", die sich ein Teil der Geflüchteten vom Berliner Senat erhoffen, geht dabei nicht wesentlich über die ohnehin schon unzureichenden rechtlichen Mindeststandards hinaus[…]. Die zentralen Forderungen der Refugee-Bewegung hingegen, wie die Abschaffung von Abschiebungen, Lagern, Residenzpflicht, Frontex und der „Festung Europa", sowie für freien Zugang zu Arbeit, Bildung, Kultur und politischer und gewerkschaftlicher Organisationsfreiheit, werden davon nicht berührt. […]

Denn auch wenn der Oranienplatz vorerst kein sichtbares Zeichen des Protests mehr sein wird, bedeutet das noch lange nicht das Ende des Kampfes der Refugees. […]

Das Vernetzungstreffen am Samstag, den 5. April, war in diesem Zusammenhang ein wichtiges Zeichen der Entschlossenheit, den Kampf der Refugees mit Solidarität zu füllen. Bei dem Treffen mit AktivistInnen aus Berlin, Bremen und Hamburg wurde entschieden, mit verschiedenen Aktionen, Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks den Marsch der Geflüchteten nach Brüssel zu unterstützen — wenn möglich, in einer bundesweit koordinierten Weise. So wird es am 17. Mai im Rahmen von Blockupy eine Mobilisierung von SchülerInnen, Studierenden, Azubis, politischen Organisationen, gewerkschaftlich Organisierten und solidarischen AktivistInnen gemeinsam mit den Refugees geben. Wenn an diesem Tag die Refugees aus Berlin nach Strasbourg aufbrechen werden, soll so ein starkes Zeichen der Solidarität gleich zu Beginn des Marsches gesendet werden. Dieses Zeichen wird nun umso wichtiger, da der Oranienplatz geräumt wurde, um klarzustellen, dass wir die Geflüchteten nicht allein lassen werden und gemeinsam mit ihnen bis zum Ende für ihre Forderungen kämpfen werden. Und vor allem, dass wir uns die Spaltungsversuche der Herrschenden nicht gefallen lassen werden!

Zudem ist parallel zur Ankunft der Geflüchteten in Brüssel anlässlich der EU-InnenministerInnenkonferenz am 1. Juli ein bundesweiter Schul- und Unistreik in Solidarität mit den Geflüchteten geplant. […] Dieser wird umso schlagkräftiger sein, je mehr klar wird, dass sich SchülerInnen und Studierende nicht nur aus „Mitleid" mit den Geflüchteten solidarisch erklären, sondern dass es um ihre ureigenen Interessen nach unbeschränktem Zugang zu Bildung und Arbeit für alle geht. Und das bedeutet in letzter Instanz, sich gegen eine Gesellschaftsordnung zu richten, für die rassistische Diskriminierung funktional ist, d.h. fundamental um die Beantwortung der Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.

Doch die Mobilisierung von SchülerInnen, Studierenden und weiteren solidarischen AktivistInnen wird allein nicht reichen. Der Kampf der Refugees in Deutschland hat in den letzten anderthalb Jahren seit den Hungerstreiks und Fußmärschen der Geflüchteten nach Berlin zwar viel Dynamik, Öffentlichkeit und Solidarität erlangt. Doch nichts hat sich strukturell an der rassistischen und unmenschlichen Abschiebe-, Lager- und Asylpraxis in Deutschland (und europaweit) geändert.

Um die elementaren Forderungen der Refugee-Bewegung durchzusetzen, müssen wir die Herrschenden dort treffen, wo es ihnen weh tut: bei ihren Profiten. Die in den Gewerkschaften organisierte ArbeiterInnenbewegung muss den Kampf der Geflüchteten aufnehmen und sich ihre Forderungen zu eigen machen: eine Klasse, ein Kampf! Außerdem ist es notwendig, dass der Kampf selbstorganisiert in alle gesellschaftlichen Strukturen getragen wird: In allen Betrieben, Schulen, Universitäten Ausbildungszentren usw. müssen wir für den Aufbau von Aktions- und Streikkomitees für die Rechte der Geflüchteten kämpfen. Und dabei müssen wir klar machen, dass der Kampf in Solidarität mit den Refugees nicht trennbar ist vom Kampf gegen die Ausdehnungsgelüste des deutschen Imperialismus und der anderen imperialistischen Mächte. […]

Wir, AktivistInnen der marxistischen Unigruppe *Waffen der Kritik*, der linken SchülerInnengruppe *Red Brain* und der *Revolutionären Internationalistischen Organisation*, treten in dieser Bewegung, dem Berliner Bündnis zum Refugee Schul- und Unistreik und den Streikkomitees an den Schulen und Universitäten, an denen wir vertreten sind, für diese Perspektive ein. Doch wir sind uns bewusst, dass die Bewegung so lange schwach bleiben wird bis die Massenorganisationen der ArbeiterInnenbewegung wie die Gewerkschaften und die Linkspartei sich nicht nur verbal und symbolisch solidarisch erklären (wie es schon fast „modisch" geworden ist), sondern ihr tatsächliches Gewicht der Organisierung und Mobilisierung in die Waagschale des Protests werfen. Dazu rufen wir sie nachdrücklich auf.

12. April 2014 – in voller Länge online



Nochmal: Welche Einheit?

LeserInnenbrief zum Artikel „Welche Einheit brauchen wir?“, über die Neue Antikapitalistische Organisation, in Klasse Gegen Klasse Nr. 8, und eine Antwort

Hallo GenossInnen, (…)
Zum NaO-Prozess: Das mag ja rein faktisch alles richtig sein, was Ihr da schreibt; in der Konsequenz führt es jedoch zu dem, was trotzkistische Kleingruppen in den letzten 50 Jahren gemacht haben und was nicht dazu geführt hat, dass sozialistische, geschweige denn trotzkistische Ideen irgendeinen nennenswerten Widerklang in der Klasse oder in Bewegungen (ausser in Einzelfällen) gefunden haben: nämlich den Trennungsstrich vor den eigenen Fusssohlen zu ziehen und sich abstrakte Programme um die Ohren zu hauen und sich darüber zu streiten, ob Trotzki das so oder so gemacht hätte. Die NaO ist winzig, ohne Frage, wobei sie wachsen wird. Ich sehe das als den vielversprechendsten Ansatz seit Jahren an.

Ich frage RIO: Wollt Ihr eine breite Bewegung und Organisation mit einigem Einfluss aufbauen oder weiter abstrakten Revolutionarismus predigen und bedeutungslos bleiben?

Solidarische Grüsse,
Stefan Godau
NaO-Aktivist, SIB-Mitglied und der Einheitsliste verbunden

Lieber Genosse,
danke für deinen LeserInnenbrief!

Wir haben eine andere Analyse dessen, was „trotzkistische Kleingruppen in den letzten 50 Jahren gemacht haben“. Viele Strömungen haben sich jahre- oder jahrzehntelang als loyale Opposition innerhalb einer reformistischen Partei betätigt. So haben verschiedene SIB-Mitglieder in früheren Jahren die Grünen, die PDS und die WASG mit aufgebaut. Sie sind nicht wegen des Festhaltens an einem revolutionären Programm bedeutungslos geblieben, sondern weil sie ihr Programm so weit verwässert haben, dass sie in diesen Projekten nur als linkere Variante des Reformismus auftraten.

Deswegen versucht die Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale Übereinstimmungen in den wichtigsten Fragen des internationalen Klassenkampfes zu finden und auf dieser Grundlage eine Umgruppierung zu suchen. Unser Manifest stellt einen Versuch dar, eine solche Synthese zu finden.[1] Beispielsweise stellt es eine ernsthafte Diskussionsgrundlage für die Umgruppierungsprozesse unserer Schwesterorganisationen LTS in Mexiko oder JRI in Uruguay dar, die auf der Basis des Manifests neue Organisationen gründen. Auch in Europa suchen wir die Diskussion über die programmatischen Fragen, die sich angesichts der wichtigsten Ereignisse des Klassenkampfes ergeben. Auch die NaO rufen wir zur Diskussion auf.

Leider werden politische Differenzen zwischen Organisationen oft mit Allgemeinplätzen überdeckt. Organisationen mit einer solchen Grundlage zerbrechen, sobald sie auf die Probe gestellt werden. Die trotzkistischen Gruppen der NaO haben große strategische Differenzen miteinander, die eine gemeinsame Intervention in den Klassenkampf schwierig machen. Die verschiedenen Gruppen vertreten komplett verschiedene programmatische Konzepte: die Einen wollen eine breite antikapitalistische Organisation, ohne eine Klassenbasis in der ArbeiterInnenklasse, die Anderen eine leninistische Partei. In der NaO herrschen komplett unterschiedliche Ansichten über die zentralen Fragen des internationalen Klassenkampfes (arabischer Frühling, linke Regierungen, Gewerkschaftsbürokratien und proletarische Selbstorganisation usw.). Im NaO-Manifest werden diese strategischen Fragen mit Allgemeinplätzen überdeckt – so fehlt zum Beispiel eine Analyse der griechischen SYRIZA völlig.[2] Das ist ein Paradebeispiel für „abstrakte Programme“.

Wir befürworten die Umgruppierung überall dort, wo sie einen Schritt hin zur politischen Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse bedeutet. Das basiert auf dem Verständnis, dass die Selbstorganisation der ArbeiterInnen und der Jugend im Kampf die zentrale Voraussetzung für eine politische Umgruppierung darstellt – und hat nichts mit Ökonomismus zu tun. Die Politik jeder einzelnen Sektion der FT-CI angesichts solcher Prozesse, sei es beispielsweise die Revolutionär-Kommunistische Strömung (CCR) in der französischen NPA oder die Intervention der bolivianischen LOR-CI im Rahmen des Aufbaus einer neuen ArbeiterInnenpartei, beweist das.

Uns geht es nicht um „abstrakten Revolutionarismus“, der einen genauso zur Bedeutungslosigkeit verdammt, wie es prinzipienloser Opportunismus tut. Wir wollen uns mit den kämpferischen Sektoren der ArbeiterInnen und Jugendlichen verschmelzen, die erste Erfahrungen mit Kämpfen gegen die Regierung, gegen die Bosse und gegen die Gewerkschaftsbürokratie machen. Dies tun wir nicht auf der Grundlage eines abstrakten Einheitsprogramms, sondern auf der Basis genau abgegrenzter politischer Übereinstimmungen in konkreten Politikfeldern – im vollen Bewusstsein der Beschränktheit dieser Übereinstimmungen und der Notwendigkeit ihrer dialektischen Überwindung. Aus diesem Grund stoßen wir die Gruppierungen *Waffen der Kritik* und *Red Brain* an, die Solidarität für die Streiks der LehrerInnen oder im Einzelhandel organisierten und den Refugee Schul- und Unistreik mit Streikkomitees an die Universitäten und Schulen trugen.

Wir wollen keine „breite Bewegung und Organisation mit einigem Einfluss“. Wir wollen eine revolutionäre Kampfpartei aufbauen, die in der ArbeiterInnenklasse verankert ist und Masseneinfluss besitzt. Aber das setzt voraus, dass die Organisation nicht am ersten größeren Hindernis des Klassenkampfes zerbricht. Das aber kann sie nur, wenn Einigkeit über die zentralen Aufgaben und Methoden von RevolutionärInnen heute besteht.

Wir haben in der Vergangenheit bereits mit der NaO zusammengearbeitet. Wir werden immer eine Zusammenarbeit anstreben, wenn wir ein gemeinsames Ziel vertreten. Die Einheitsfront aller linken und ArbeiterInnenorganisationen zum Zurückschlagen von Angriffen wie im Falle der „Tarifeinheit“ oder im Kampf gegen Konzerne wie Amazon ist für uns zentral. Darüber hinaus können wir auch jederzeit, sowohl öffentlich wie privat, über die großen Fragen des aktuellen Klassenkampfes diskutieren. Erst wenn die strategischen Übereinstimmungen diese Einheitsfronten überschreiten, halten wir eine gemeinsame Organisation für zukunftsfähig. Doch ein zentristisches Sammelbecken wollen wir nicht.

Mit solidarischen Grüßen,
Wladek Flakin und Peter Robe

1. FT-CI: Manifest für eine Bewegung für eine Internationale der sozialistischen Revolution. http://www.klassegegenklasse.org/manifest-fur-eine-bewegung-fur-eine-internationale-der-sozialistischen-revolution/.

2. NAO: Manifest für eine Neue antikapitalistische Organisation. http://www.nao-prozess.de/blog/manifest-fuer-eine-neue-antikapitalistische-organisation/.

Ukraine: Politische Krise imperialistischen Mächten

Barack Obama und Wladimir Putin verhandeln über ihre jeweiligen Interessen in der Ukraine.

Erklärung der **Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale** (FT-CI) vom 7. April 2014 (gekürzt – in voller Länge online)

Die Mobilisierungen, die die Ukraine seit vergangenem November erschütterten und zur Absetzung von Janukowitsch und der Einsetzung einer prowestlichen Regierung führten, eröffneten eine massive Krise, die die Grenzen des Landes überschritt und sich in einen internationalen Konflikt verwandelte, in den aktiv einerseits die US-amerikanischen und europäischen Imperialismen und andererseits Russland intervenieren. Dieser Konflikt, der zu den schärfsten Spannungen zwischen Russland und dem Westen seit dem Sturz der Sowjetunion führte, erreichte seinen Höhepunkt mit der Annexion der Krim-Halbinsel durch Russland und geht heute in den Verhandlungen zwischen dem US-amerikanischen und dem russischen Außenministerium über die Zukunft der Ukraine weiter. Dies geschieht im Rahmen eines angespannten Klimas, wie die – noch minderheitlichen – Mobilisierungen im Osten des Landes zeigen, die die Vereinigung mit Russland fordern. Die direkte Einmischung des Westens und Moskaus stellt keinerlei progressiven Ausweg für die ArbeiterInnen und armen Massen der Ukraine dar.

Der Charakter der Mobilisierungen auf dem Maidan

Die Entscheidung der prorussischen Regierung von Janukowitsch im November 2013, das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union (EU) nicht zu unterschreiben, löste eine Welle von Mobilisierungen in einigen Städten im Westen des Landes aus, vor allem auf dem Maidanplatz in der Hauptstadt Kiew.

Die Regierung Janukowitsch versuchte auf verschiedenem Wege, die Demonstrationen zu stoppen, und gab grünes Licht für gewaltsame Repression, die letztlich zu ihrem Sturz führte. Nach mehreren Tagen gewaltsamer Auseinandersetzung, die mit fast 100 Toten endeten, und einem gescheiterten Versuch einer Verhandlungslösung mit der EU setzte das ukrainische Parlament Janukowitsch am 23. Februar ab, ernannte Olexandr Tuchinow (der wichtigsten liberalen Oppositionspartei) zum Übergangspräsident und rief zu vorzeitigen Neuwahlen für den 25. Mai auf.

Auch wenn die Demonstrationen vor dem Hintergrund des Elends durch die Verschärfung der Wirtschaftskrise und des Hasses gegen die korrupte und repressive Regierung von Janukowitsch stattfanden, […] beinhalteten die Demonstrationen im Grundsatz Hoffnungen darin, dass das Freihandelsabkommen mit der EU eine Antwort auf die Leiden der Bevölkerung geben könnte – während in der EU gleichzeitig brutale Kürzungsmaßnahmen durchgesetzt werden, um die Krise auf die ArbeiterInnen abzuladen. Diese Mobilisierungen waren verknüpft mit einem starken antirussischen Nationalismus, der von den Parteien der bürgerlich-liberalen Opposition […] geschürt wurde, um sich mit den imperialistischen Kräften verbünden zu können. Auf diesem Nationalismus bauen auch die Gruppen der extremen Rechten auf […]. Diese Allianz zwischen neoliberalen Parteien und rechtsextremen Gruppen im Dienste der Interessen der herrschenden Klasse drückte der Bewegung ihren Stempel auf.

Der Sturz Janukowitschs ist auch Resultat dessen, dass eine Fraktion der ukrainischen Oligarchie sich von der Regierung entfremdet hat […]. Sie entzogen Janukowitsch ihre Unterstützung und liefen zum Lager der Opposition über, unter anderem aufgrund von Interessenunterschieden mit Mitgliedern der Janukowitsch-Familie, die auch Oligarchen wurden. […]

Um ihren reaktionären und prowestlichen Charakter klarzustellen, verkündete die neue Regierung vor Kurzem eine 50-prozentige Erhöhung des Gaspreises als Teil eines Kürzungspakets, welches der Internationale Währungsfonds (IWF) gefordert hatte und welches neben anderen Maßnahmen auch das Einfrieren des Mindestlohns, die Erhöhung von Steuern und Preisen für Benzin und Elektrizität beinhaltet. […]

Die Intervention der imperialistischen Mächte und Russlands

Die Ukraine verwandelte sich in ein Schlachtfeld zwischen den USA (und der EU) einerseits und Russland andererseits, wo wichtige wirtschaftliche und geopolitische Interessen auf dem Spiel stehen.

Die imperialistischen Mächte wollen den Sturz der prorussischen Janukowitsch-Regierung und ihre Ersetzung durch eine proeuropäische Regierung ausnutzen, um die Ukraine dem Einfluss Russlands zu entreißen und sie an den Interessen der USA und der EU auszurichten. Dabei drohen sie […] mit der militärischen Ausdehnung der NATO bis an die russischen Grenzen. Als Antwort darauf entsandte der Präsident Wladimir Putin zehntausende Soldaten an die ukrainische Grenze und trieb das Referendum auf der Krim voran, bei dem dessen Unabhängigkeit von der Ukraine und die Vereinigung mit Russland entschieden wurde. […]

Auch wenn die Politik Russlands eine Herausforderung an die imperialistischen Mächte darstellt, […] ist es nicht die Absicht, den westlichen Mächten einen Krieg zu erklären, sondern die Kräfteverhältnisse für Verhandlungen zu verbessern. Denn auch wenn Russland in den letzten Jahren eine Rolle als Regionalmacht eingenommen hat, ist es weit davon entfernt, ein imperialistisches Land zu sein, wie ein Teil der Linken auf internationaler Ebene behauptet.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 rückte die USA gegenüber Russland und seiner Einflusszone vor und nutzte das Chaos der ersten Jahre der kapitalistischen Restauration unter der Jelzin-Regierung mit dem folgenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Niedergang der ehemaligen UdSSR aus. Die USA konnte Russland indes nicht in ein halbkoloniales Land verwandeln. Mit dem Antritt Putins an die Macht begann



und Streit zwischen den und Russland

sich dieser Kurs des Zerfalls umzudrehen, aber ohne irgendeinen der strukturellen Parameter des russischen Niedergangs wesentlich zu verändern. Putin etablierte ein bonapartistisches Regime, indem er die staatliche Autorität stärkte, nahm die wichtigsten Ressourcen des Landes unter eiserne Kontrolle […], verwandelte Russland von einer alten Industriemacht in ein Öl und Gas exportierendes Land […] und baute seine Armee wieder auf. Das führte dazu, dass Russland in den letzten Jahren als Regionalmacht wieder aufstieg und den offensiven Politiken der westlichen Mächte in seiner näheren Einflusssphäre zu widerstehen versuchte, indem Russland eine Reihe von Initiativen wie die Eurasische Zollunion oder die Subvention der Gaspreise lancierte. Doch keineswegs verwandelte sich Russland in eine Großmacht: Seine Wirtschaft wird immer stärker zu einer Rentenökonomie und hängt zunehmend vom Öl- und Gaspreis ab. Auf geopolitischer Ebene haben drei ex-Sowjetrepubliken, nämlich Estland, Lettland und Litauen, sowie der Rest der Verbündeten des Warschauer Paktes sich der NATO angeschlossen. […]

Im Rahmen des Niedergangs ihrer Hegemonie war es die Politik der USA, marginale wirtschaftliche Sanktionen gegen dieses oder jenes Mitglied der russischen Regierung anzudrohen. Die Europäische Union kann, selbst wenn sie den Aufstand gegen Janukowitsch unterstützte und versucht, die Ukraine ihrem wirtschaftlichen und militärischen Einfluss unterzuordnen, kein Regime wirtschaftlicher Sanktionen gutheißen, da dies den Interessen ihrer wichtigsten Mitglieder widersprechen würde. […]

Selbst wenn der Konflikt in der Ukraine sich in seinem aktuellen Rahmen halten würde, hat er die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen schon auf ihren tiefsten Punkt seit der Auflösung der Sowjetunion stürzen lassen und hat eine internationale Krise eröffnet, die potenziell das seit dem Ende des Kalten Krieges etablierte internationale Koordinatensystem verändern könnte. […]

Für einen unabhängigen Ausweg der ArbeiterInnen!

Angesichts der ukrainischen Krise stellte sich ein Teil der Linken hinter die Mobilisierungen auf dem Maidanplatz, indem sie das Element des Hasses gegen die prorussische Janukowitsch-Regierung und der Leiden der wirtschaftlichen Krise verabsolutierte. Demgegenüber vernachlässigen sie das prowestliche Programm, welches die Bewegung seit dem Beginn erhob, sowie die reaktionären Führungen an der Spitze der Bewegung. Organisationen wie die LIT oder die UIT […] sind so wiedermal im Schlepptau des bürgerlichen Lagers gelandet, als sie den Prozess, der mit der Absetzung Janukowitschs und dem Antritt einer neuen neoliberalen, prowestlichen rechten Regierung endete, als einen „demokratischen Sieg" der Massen definierten. Die LIT hat sogar zu verstehen gegeben, dass die Bewegung vom Maidanplatz den Organismen revolutionärer Selbstbestimmung ähnlich sei und dass die Selbstverteidigungskommissionen eine Avantgarderolle gespielt hätten, „auch wenn es in ihnen ultrarechte Sektoren gab". Zudem beachtet sie die geopolitischen Ambitionen der imperialistischen Mächte im Prozess nicht im geringsten. Solche Positionen können nur Verwirrung und Fehler zur Folge haben.

Auf der anderen Seite unterstützte ein kleinerer Sektor der Linken Russland gegen die Angriffe des Westens und reproduzierte so auf internationaler Ebene die Zwei-Lager-Theorie, als wenn es immer noch den Kalten Krieg und eine zu verteidigende Sowjetunion gäbe. D.h. eine Politik, die Erwartungen hegt, dass der bonapartistische Nationalismus Putins eine progressive Alternative gegenüber der USA und der EU sein könne, ohne zu merken, dass die Interessen der Regionalmacht Russland und der Oligarchie, die die ukrainische Wirtschaft seit dem Fall der Sowjetunion ausgesaugt haben, den Interessen der ArbeiterInnen und der unterdrückten Massen in der Ukraine, gleich welcher Nationalität, entgegengesetzt sind. […]

Währenddessen leiden die ArbeiterInnen und armen Massen sowohl in Russland als auch in der Ukraine unter immer schlechteren Lebensbedingungen und werden diejenigen sein, die die Kosten der kapitalistischen Krise zu zahlen haben. In den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropas erleichterten die Jahrzehnte der Unterdrückung unter den Regimen der stalinistischen Bürokratie und das Fehlen einer Alternative die prokapitalistische Propaganda des Westens. Die Gleichsetzung zwischen Sozialismus und Stalinismus führte zur Entwicklung einer reaktionären antikommunistischen Ideologie, auf der die rechtsextremen und sogar neonazistischen Gruppen aufbauen. Dennoch ist klar – mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Sturz der stalinistischen Regime und dem Verschwinden der Sowjetunion –, dass die kapitalistische Restauration nur die Bereicherung einer kleinen Minderheit von OligarchInnen und den Mangel für die breite Masse der ArbeiterInnen bedeuteten.

Auch wenn es heute wie eine entfernte Perspektive erscheint, wird ein progressiver Ausweg nur aus dem vereinten Kampf der ArbeiterInnenklasse gegen ihre lokalen AusbeuterInnen und ihre imperialistischen PartnerInnen entstehen, d.h. aus einer Politik, die unabhängig sowohl vom „prowestlichen" als auch vom „prorussischen" Lager ist.

Aus diesem Grund bekräftigen wir, die TrotzkistInnen der FT-CI, dass die einzige realistische Perspektive für die Unabhängigkeit der Ukraine in der Enteignung der Oligarchen – der neuen KapitalistInnen, die sich die großen öffentlichen Betriebe unter den Nagel gerissen haben –, der Streichung der Auslandsschulden, der Verstaatlichung der Banken, des Außenhandels und der wichtigsten Ressourcen der Wirtschaft und ihre Stellung in den Dienst der ArbeiterInnen und armen Massen ist. D.h. sie liegt im Kampf für eine sozialistische Ukraine der ArbeiterInnen mit demokratischen Rechten für alle ethnischen und nationalen Gruppen. Dies wäre ein Hebel für die soziale Revolution in Russland und Europa, wo in letzter Instanz das Schicksal der Ukraine entschieden wird.



Vom 15M

Am 15. Mai 2011 begannen Jugendliche im Spanischen Staat, öffentliche Plätze zu besetzen. Drei Jahre später, am 22. März 2014, demonstrierten Hunderttausende in Madrid. Was hat sich in diesen drei Jahren verändert?

von **Josefina Martínez** (Clase contra Clase, Madrid)

In wenigen Tagen jährt sich der „15M". Am 15. Mai 2011 entstand die Bewegung der „Empörten" (*indignados*) als Antwort auf die kapitalistische Krise. Die Bilder der von Jugendlichen besetzten Plätze im Spanischen Staat erschienen in Zeitungen, Medien und sozialen Netzwerken auf der ganzen Welt. Die Bewegung der „Empörten" war der erste Ausdruck des Risses zwischen dem politischen Regime, das aus dem Übergang von der Franco-Diktatur zur bürgerlichen Demokratie im Jahr 1978 hervorging, und breiten Schichten der Massen. Die Jugend war der erste Sektor, der dem Ausdruck verlieh.

In den letzten Jahren vertiefte sich diese Kluft nur weiter. Millionen ArbeiterInnen und andere von der kapitalistischen Krise betroffene Gesellschaftsschichten gehen auf die Straße. Der Jahrestag des 15M findet zu einem Zeitpunkt statt, wo sich die zentralen Institutionen des Regimes von 1978 in einer tiefen Krise befinden – vom Zweiparteiensystem und seinen RepräsentantInnen, bis zur Monarchie. Die Forderung nach dem Recht auf Selbstbestimmung der BaskInnen und KatalanInnen erklingt mit Stärke auf den Straßen, begleitet von einer Vielzahl von sozialen und Arbeitskämpfen im ganzen Land.

Die wirtschaftliche Krise trifft die ArbeiterInnen stärker als je zuvor, was sich in fast sechs Millionen Arbeitslosen, hunderttausenden Zwangsräumungen und Kürzungen bei der Bildung und im Gesundheitswesen ausdrückt. Die Regierung verkündet, wir würden „aus der Krise herauskommen", doch dieser scheinheilige Optimismus steht in scharfem Widerspruch zu der Tiefe der sozialen Misere für Millionen: ohne Arbeit, ohne Wohnung, ohne Zukunft. In diesem Jahr schritt auch die Krise des Regimes mit großen Korruptionsskandalen voran, die die Volkspartei (PP), die Sozialdemokratie (PSOE) und andere Parteien sowie die Monarchie, die KapitalistInnen und die Gewerkschaftsspitzen betreffen.

2013 war ein Jahr, in dem die großen spanischen und multinationalen Konzerne massenhaft ArbeiterInnen entließen: bei Coca-Cola, Panrico, Tenneco und anderen Fabriken. Dabei stützten sie sich auf die Arbeitsmarktreform der Regierung der PP von Mariano Rajoy. Doch es war auch das Jahr eines neuen Widerstandes der ArbeiterInnen, die sich mit harten Kämpfen gegen die Entlassungen wehrten und dabei Methoden aus der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung wiederbelebten. So zum Beispiel die Streikkasse, den unbefristeten Streik mit Streikposten, die Koordinierung mit anderen Kämpfen, Sitzblockaden und massive Demonstrationen. Leider war es ebenso das Jahr der größten Passivität der Gewerkschaftsführungen von UGT und CCOO, die sich weigerten, den Weg des Generalstreiks weiterzuführen und massive Demonstrationen oder die aktive Unterstützung für die Arbeitskämpfe zu organisieren.

In dieser Situation waren die Demonstrationen des 22. März (22M) dieses Jahres ein wahrer sozialer Aufschrei gegen die harten Folgen der kapitalistischen Krise, die auf die Schultern der ArbeiterInnen und Massen geladen werden. Hunderttausende füllten die Straßen Madrids. Die verschiedenen Demonstrationszüge repräsentierten verschiedene Bewegungen, gekennzeichnet durch verschiedene Farben, die von den Medien als „Fluten" bezeichnet wurden: zum Beispiel die „weiße Flut" der Beschäftigten im Gesundheitswesen, die „grüne" gegen Kürzungen im Bildungswesen, die „orangefarbene" für soziale Gerechtigkeit und die „violette" gegen die Abschaffung des Abtreibungsrechts. Neben noch nicht farbkodierten Gruppen, etwa gegen Repression oder für Umweltschutz, gab es auch eine „rote Flut": Die der ArbeiterInnen von Coca-Cola, die mit roten Streikwesten gegen Standortschließungen und Entlassungen protestieren, neben verschiedenen weiteren Belegschaften, die sich gegen Fabrikschließungen, Entlassungen, drakonische Gehaltskürzungen und den Verlust anderer Errungenschaften wehren: die MinenarbeiterInnen, ArbeiterInnen aus dem Gesundheitswesen, der Reinigung, des Bildungssektors, der U-Bahn, der Feuerwehr und noch einige mehr.

Das vorderste Transparent dieser Demonstration wurde von VertreterInnen dieser Kämpfe getragen. Unter ihnen waren auch ArbeiterInnen der beiden derzeit wichtigsten Streiks im Spanischen Staat: von Coca-Cola Fuenlabrada, die schon fast drei Monate gegen die Schließung streiken, und von Panrico Santa Perpètua, die sich seit mehr als sechs Monaten gegen hunderte Entlassungen und harte Lohnkürzungen wehren. Beide haben mittlerweile begonnen, sich zu koordinieren. Daher stammt der Spruch: „Panrico und Coca-Cola, das ist der gleiche Kampf".

Auf dieser Demonstration vereinten sich die ArbeiterInnen von Coca-Cola, Panrico und viele andere hinter dem Spruch: „Kein Schritt zurück, die Kämpfe koordinieren, für den Generalstreik!". Viele ArbeiterInnen wissen, dass dies der einzige Weg ist: die Kämpfe zu koordinieren, sie in einem Generalstreik gegen die Regierung und die KapitalistInnen zu vereinen und zu vertiefen. Doch dieser Weg ist nicht der, den die Führungen der großen Gewerkschaften suchen. Sie haben sich für die Sozialpartnerschaft, die Verhandlung und die Passivität ausgesprochen.



Ein Feuerwehrmann an der Spitze des „Marsches der Würde" am 22. März in Madrid.

zum 22M

Die Linke am Scheideweg

In diesem politischen und sozialen Klima entstand innerhalb der Linken – von *Izquierda Unida* (IU) bis zu den sozialen Bewegungen und der radikalen Linken – eine Debatte über den strategischen Ausweg aus der Krise des Regimes. IU ist die stärkste Kraft in der spanischen Linken und als Produkt der Krise der PSOE stieg die Vereinigung in Umfragen auf bis zu 14 Prozent. IU nimmt an den sozialen Bewegungen teil, jedoch nicht, um den Weg der Mobilisierung und des Generalstreiks zum Sturz der Regierung voranzutreiben, sondern um sie auf einen „Ausweg" an den Wahlurnen zu orientieren. Für IU besteht die Lösung im Erlangen weiterer Parlamentssitze und perspektivisch in einer „linken Regierung". Damit bereiten sie sich jedoch darauf vor, das Regime zu retten und den Kapitalismus „menschlich zu verwalten". Das ist auch das, was sie in Andalusien macht, wo sie gemeinsam mit der PSOE regiert und „Kürzungspläne" und Zwangsräumungen selbst durchgesetzt hat. Ihre Orientierung geht keinen Schritt über den bestehenden Parlamentarismus hinaus.

Auf der anderen Seite entstand vor einigen Monaten ein neues Projekt der Linken: *Podemos* („Wir können"), das von einem Fernsehmoderator mit medialem Einfluss angeführt und von *Izquierda Anticapitalista* (Sektion des Vereinigten Sekretariats im Spanischen Staat) vorangetrieben wird, die ihre gesamten Kapazitäten in dieses Projekt hineinsteckt. *Podemos* hat Hoffnungen unter vielen AktivistInnen entstehen lassen. Die AnführerInnen stellten jedoch vom ersten Moment an klar, dass ihr Ziel ist, mit IU zusammenzugehen. *Podemos* hat ein ähnliches Programm wie IU: Reformen mit sozialdemokratischem Inhalt, um den spanischen Kapitalismus zu „vermenschlichen". Das Programm enthält sogar Forderungen wie: „Förderung der Rolle der kleinen und mittleren Unternehmen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen." Also ein Programm, um den „sozialen" und „ethischen" Kapitalismus zu entwickeln, der „zum Gemeinwohl beiträgt". Ein Programm, das keinen Bezug zum Antikapitalismus und der Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse enthält. Die sichtbaren AnführerInnen von Podemos verteidigen einen populistischen und postmarxistischen Diskurs und richten sich an die „Bürgerschaft", um „die Demokratie aufzubauen"… aber im Rahmen des Kapitalismus! Was sie als eine „Erneuerung" der Linken verpacken, ist nichts weiter als eine Anpassung an den alten reformistischen Diskurs.

Wir von *Clase contra Clase* (Sektion der FT-CI im Spanischen Staat) halten es im Gegensatz dazu für eine strategische Aufgabe der antikapitalistischen und revolutionären AktivistInnen, alle Kräfte in die Weiterentwicklung der neu entstehenden Subjektivität der ArbeiterInnen zu stecken. Deshalb haben wir während der 15M-Bewegung dafür gekämpft, dass die Empörung von den Plätzen zu den Arbeitsplätzen vordringt. Dafür haben wir ArbeiterInnen-Kommissionen aufgebaut und *asambleas* mit prekär beschäftigten und studierenden Jugendlichen organisiert. Durch diesen Kampf für einen revolutionären Flügel in der 15M-Bewegung konnten wir einen Sektor von kämpferischen Jugendlichen gewinnen, der sich revolutionären Ideen annäherte. Mit ihnen gemeinsam bildeten wir die Jugendgruppe *No Pasarán* in Barcelona und Saragossa, und nach einem Jahr haben wir gemeinsam den Aufbau von *Clase contra Clase* in Angriff genommen. In Saragossa sind wir stolz darauf, dass wir zur gleichen Zeit wichtige Schritte hin zur Organisierung von jungen prekär Beschäftigten gingen, als Teil der Gewerkschaftsgruppe der CGT in Telepizza.

Eine neuere Entwicklung in Barcelona, Saragossa und Madrid ist der Versuch, diese Perspektive auch in die Frauenbewegung hineinzutragen. Dort nahmen wir bei den großen Mobilisierungen für das Recht auf Abtreibung teil, organisierten Workshops zum Thema „Marxismus und Geschlecht" und bauten die Gruppierung *Pan y Rosas* gemeinsam mit arbeitenden und studierenden Frauen auf. Von dort aus unterstützten wir bedingungslos die großen Arbeitskämpfe von Panrico und Coca-Cola. So konnten wir das Vertrauen der ArbeiterInnen gewinnen.

Ein großer Teil der Linken und der radikalen Linken versucht, sich als Vertretung der 15M-Bewegung darzustellen und kanalisiert die Empörung in reformistische Wahlprojekte. Wir hingegen versuchen, die Mobilisierungen zu radikalisieren, damit sich die Empörung der ArbeiterInnenklasse bündelt, koordiniert und weiterentwickelt. Die ArbeiterInnenklasse im Verbund mit den am stärksten unterdrückten Sektoren der Gesellschaft ist die einzige soziale Kraft, die dazu in der Lage ist, das Regime von 1978 wirklich anzugreifen und die Sparpläne der Regierung und der Troika zurückzuschlagen. Aus diesem Grund halten wir die Gruppierung der antikapitalistischen und revolutionären AktivistInnen für notwendig, um mit einheitlicher Kraft, sowohl auf der Wahlebene als auch im Klassenkampf, schlagkräftig zu intervenieren, mit einem Programm, das die KapitalistInnen für ihre Krise bezahlen lässt.

ZUM WEITERLESEN

Clase contra Clase (auf Spanisch)
➞ **www.clasecontraclase.org**

Artikel zu Coca-Cola, 15M, Telepizza usw.:
➞ **www.klassegegenklasse.org/kategorie/international/spanischer-staat/**

KLASSE GEGEN KLASSE

Sechs Monate

Bei der Donut-Fabrik Panrico in Barcelona kämpfen die Beschäftigten gegen Entlassungen – der längste Streik im Spanischen Staat seit dem Ende der Franco-Diktatur

von **Peter Robe** (RIO, Berlin)

Sechs Monate kämpfen die ArbeiterInnen der Großbäckerei Panrico in Santa Perpètua in der Nähe von Barcelona nun schon gegen Entlassungen und Lohnkürzungen. Dabei erschrecken sie mit ihrer Losung „0,0" – null Entlassungen, null Lohnkürzungen – nicht nur die siegesgewohnten KapitalistInnen und ihre Regierungen, sondern auch die Gewerkschaftsbürokratie, die auf faule Kompromisse setzt.

Mit ihrem Kampf, einem der längsten seit dem Spanischen BürgerInnenkrieg, schreiben sie Geschichte, indem sie alte Kampfmittel der ArbeiterInnenklasse wie die Streikkasse, die Versammlung aller Streikenden als Entscheidungsorgan und die Solidarität aller ArbeiterInnen, Studierenden und Unterdrückten wiederbeleben. Gemeinsam mit dem fast drei Monate anhaltenden Kampf bei Coca-Cola in Fuenlabrada in der Nähe von Madrid, die eine ähnliche Kampflosung besitzen – weder Schließungen noch Entlassungen – sind sie aktuell die beiden wichtigsten Arbeitskämpfe gegen die Auswirkungen der Krise im Spanischen Staat und ein Vorbild für alle kämpferischen Sektoren.

Große GegnerInnen

Dabei haben sie es mit einem großen Gegner zu tun: Die US-amerikanische Risikokapitalgesellschaft Oaktree Capital Management, die dem Milliardär Howard S. Marks gehört, hatte Panrico vor zwei Jahren gekauft. Im Oktober letzten Jahres hatten sie einen Sanierungsplan angekündigt: 1.914 Entlassungen unter den fast 4.000 MitarbeiterInnen im ganzen Land, und für den Rest Lohnkürzungen von 40 Prozent. Am 13. Oktober traten die ArbeiterInnen in den Vollstreik und legten fest, dass die Versammlung aller Streikenden den Betriebsrat kontrolliert und Entscheidungen trifft.

Die Blockade der Werkstore, die den Eintritt der StreikbrecherInnen und die Lieferung der Waren verhindern sollte, wurde brutal von einer Spezialeinheit der katalanischen Polizei angegriffen. Da die Gewerkschaftsbürokratie verhindert hatte, dass auch an anderen Standorten gestreikt wird und sogar eine Arbeitszeitverlängerung erlaubte, beliefert das Unternehmen seitdem den katalanischen Markt von anderen Standorten aus. Das ist zwar Rechtsbruch, doch die katalanische Regierung, die *Generalitat*, hat die Vollstreckung eines entsprechenden Urteils lange verzögert und am Ende eine lächerliche Sanktion von 6.200 Euro verhängt. Kein Zufall: Der Bruder des Präsidenten der *Generalitat* ist bis vor Kurzem Manager bei Panrico gewesen.

Doch die ArbeiterInnen ließen sich nicht unterkriegen und suchten überall Unterstützung. Da die Streiktage im Spanischen Staat nicht von den Gewerkschaften bezahlt werden, riefen sie eine Streikkasse ins Leben, mit der sie zu zahlreichen Betrieben der Umgebung, wie dem Hafen, der U-Bahn und der Seat-Fabrik gingen und um Unterstützung baten. Sie organisierten Festivals, große Festessen, Veranstaltungen in Universitäten, Stadtvierteln und vieles mehr.

Mitte November stimmte eine Verhandlungskommission aus den zwei großen Gewerkschaften CCOO und UGT einer Vereinbarung mit der Geschäftsführung zu. Diese sah weiterhin 745 Entlassungen und Gehaltskürzungen von 15 Prozent vor. In der kämpferischen Fabrik erhöhte sich jedoch die Zahl der Entlassungen schlagartig von Anfangs 30 auf 154 – eine klare Kampfansage an die Streikenden. Doch diese ließen sich nicht beirren, obwohl Teile des Betriebsrates davor warnten, dass eine Fortführung des Streikes entgegen der Vereinbarung möglicherweise illegal sein könnte.

Als Antwort auf den Verrat der Gewerkschaftsführung verschärfte sich der Konflikt. Die ArbeiterInnen versuchten, ihren Kampf bekannter zu machen und Geld zu sammeln, indem sie im ganzen Spanischen Staat herumreisten. Es wurde eine große Veranstaltung organisiert, um die Kämpfe in der Umgebung zu koordinieren und die Solidarität zu erweitern. Studierende gründeten ein Solidaritätskomitee an der Universität von Barcelona und organisierten zahlreiche Aktionen der Einheit von ArbeiterInnen und Studierenden. Außerdem entstand ein Unterstützungskomitee, das sich aus verschiedenen linken und gewerkschaftlichen Gruppen zusammensetzt, große Demonstrationen in und um Barcelona organisiert und Ausdruck einer ganzen Bewegung ist, die sich um diesen heroischen Streik und seine kämpferischen ArbeiterInnen gebildet hat. Dadurch hat sich das Motto „Wir alle sind Panrico" in dieser Region fast schon verwirklicht.

Die Frauen stehen bei Panrico in der ersten Streikreihe: Sie treten mit ihren eigenen Forderungen auf und waren auf allen großen Demonstrationen gegen das reaktionäre Anti-Abtreibungsgesetz, das die konservative Regierung durchsetzen möchte. Bei der massiven Demonstration am 8. März in Barcelona zogen sie mit ihrem kämpferischen und großen Block sogar die Aufmerksamkeit der Tageszeitung „El País" auf sich, die schrieb: *„Die Frauen von Panrico waren ein wichtiger Teil des Events. Mit dem Transparent ‚Nichts zu feiern, aber viel zu erkämpfen' bildeten sie einen der größten und schrillsten Blocks."* Gemeinsam mit ArbeiterInnen von Coca-Cola in Fuenlabrada sprachen sie auf einer von der sozialistischen Frauengruppe *Pan y Rosas* organisierten Veranstaltung über ihre Kampferfahrungen, die Schwierigkeiten und die Notwendigkeit, weiter zu kämpfen und sich zu koordinieren.

Auf eigene Initiative starteten die ArbeiterInnen auch einen Aufruf zur internationalen Solidarität mit ihrem Kampf. Schon zuvor hatten sich die ArbeiterInnen mit dem Kampf der ArbeiterInnen von Kromberg&Schubert und Liliana in Argentinien solidarisiert und einen Gruß an die streikenden MüllarbeiterInnen in Rio de Janeiro geschickt. Als Antwort auf ihren Aufruf fanden in zahlreichen Ländern Lateinamerikas und in Europa Aktionen vor Botschaften des Spanischen Staats und Kataloniens statt. Auch das Treffen der kämpferischen Gewerkschaftsbewegung in Argentinien erklärte seine Solidarität mit Panrico. Schon vorher hatte Christian Castillo, revolutionärer Abgeordneter in der Provinz von Buenos Aires, den Streikposten besucht und einen Teil seiner Abgeordnetendiät der Streikkasse gespendet.

Ein bewegter März

Die ArbeiterInnen von Panrico traten im März in den fünften Monat ihres Kampfes ein. In dieser Zeit hatten sie zahlreiche Erfahrungen gemacht, trotz des Boykotts durch die Gewerkschaftsführung der CCOO eine aktive Kampagne betrieben, mit der 70.000 Euro in die Streikkasse kamen, sich mit vielen anderen Kämpfen solidarisiert und den ihren bekannter ge-



im Streik

macht. Die *Generalitat* spielt eine perfide Rolle. Sie versucht sich als Schlichterin darzustellen, bevorzugt in der Realität jedoch ausschließlich das Unternehmen. Die ArbeiterInnen kämpfen gegen die verschiedenen Kompromissangebote – sie lassen keine/n Kollegen/in zurück!

Am 20. März sollte der höchste spanische Gerichtshof ein Urteil über die Legalität des von dem Unternehmen geplanten „Sanierungsplans" fällen. Die ArbeiterInnen von Panrico reisten aus Barcelona nach Madrid, um vor dem Gerichtssaal präsent zu sein – gemeinsam mit den streikenden ArbeiterInnen von Coca-Cola. In den Tagen davor hatten die Bosse alles mögliche getan, um den Gerichtstermin zu verhindern und auch die Gewerkschaftsbürokratie und ein Teil des Betriebsrates aus Santa Perpètua versuchten die Tatsache, dass Verhandlungen zwischen dem Betriebsrat und dem Unternehmen stattfinden, als Grund für eine Verschiebung zu nehmen. Als dies publik wurde, gingen die ArbeiterInnen zum Sitz der CCOO in Barcelona, um Antworten und Unterstützung einzufordern. So scheiterte dieses Manöver und die Verhandlung fand statt… bis einer der Kläger, ein Vertreter der CCOO, aus „Gesundheitsgründen" nicht erscheinen konnte. Das Urteil wurde daraufhin auf den 6. Mai verschoben. Die ArbeiterInnen von Panrico und Coca-Cola protestierten gegen diesen Verrat und zogen vor die Gewerkschaftszentrale in Madrid. Das Urteil wäre ein wichtiger Sieg der ArbeiterInnen gegen die Unternehmensleitung gewesen.

Beim „Marsch der Würde" am 22. März waren die ArbeiterInnen von Panrico und Coca-Cola Teil des großen Blockes von ArbeiterInnen für die Koordinierung der Kämpfe. Hunderttausende Menschen gingen an diesem Tag auf die Straßen der Hauptstadt. Das Fronttransparent des Blockes der ArbeiterInnen wurde von VertreterInnen der verschiedenen Kämpfe, wie den ReinigungsarbeiterInnen aus Madrid, den LehrerInnen und auch den ArbeiterInnen von Panrico und Coca-Cola getragen. Den ganzen Tag schallte es durch Madrid: „Panrico und Coca-Cola verstehen nur eine Nachricht: Boykott, Streik, Sabotage" oder „Panrico und Coca-Cola, es ist ein Kampf".

Wieder in Barcelona mussten die ArbeiterInnen ein neues Manöver des Betriebsrates überwinden, der ein Referendum in der ganzen Belegschaft – auch unter den StreikbrecherInnen – über die Zukunft des Streikes durchführen wollte, mit dem klaren Ziel ihn zu beenden. Doch die ArbeiterInnen blieben geschlossen: Das Ergebnis war eine überwältigende Mehrheit von 154 zu 11 Stimmen für die Weiterführung des Streikes.

Die Bürokratie reagierte auf diesen Kontrollverlust, indem sie die ArbeiterInnen als „gewalttätig" und den Konflikt als „unsteuerbar" bezeichnete. Sie beschwerte sich darüber, dass die Entscheidungsgewalt nicht in den Händen der bürokratischen Gewerkschaftsorgane liegt. Tag für Tag wurde die Versammlung der Streikenden zu einer wichtigeren Institution, in der nicht nur beraten und informiert wird, sondern die Weichen für den Streik gestellt, Kampagnen besprochen und Aktionen organisiert werden. Nur so konnten die vielen Manöver der Bosse, der *Generalitat*, der Gewerkschaftsführung und des Betriebsrates zurückgeschlagen werden. Der Streik wird durch das Vertrauen der ArbeiterInnen in ihre eigenen Kräfte weitergeführt, die für das „0,0" eintreten – ein Schlag ins Gesicht für die Gewerkschaftsbürokratie mit ihrem „das ist alles, was drin war".

„Null Schließungen und null Entlassungen!" sagen die ArbeiterInnen von Panrico seit einem halben Jahr.

Die Zukunft liegt in Santa Perpètua und Fuenlabrada

Die ArbeiterInnen von Panrico, gemeinsam mit den ArbeiterInnen von Coca-Cola, bringen Tag für Tag eine neue Art des Kampfes ans Licht, eine neue Form des Widerstandes gegen die Angriffe. Die letzten Jahre in der kapitalistischen Krise bedeuteten für die ArbeiterInnen und Jugendlichen Angriffe auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen. Mit massiven Entlassungen, Erhöhungen der Studiengebühren, der Verschärfung der Abtreibungsgesetze usw. schlug die Rajoy-Regierung unter dem wachsamen Auge der deutschen Regierung auf die ArbeiterInnen ein, die für eine Krise bezahlen müssen, die sie nicht verursacht haben. Die Gewerkschaftsbürokratie und die reformistischen Apparate verhinderten dabei eine offensive Antwort der ArbeiterInnenklasse. Panrico und Coca-Cola zeigen mit ihrer Kraft und Kampfeslust auf, welche Antwort auf die Krise nötig ist, um von der Verteidigung alter Errungenschaften zu offensiveren Kämpfen überzugehen.

Unsere Schwesterorganisation *Clase contra Clase* und die sozialistische Frauenorganisation *Pan y Rosas* haben diese Kämpfe von Anfang an begleitet und unterstützt. Gerade jetzt stehen Koordinierung und Ausweitung der Kämpfe auf der Agenda. Wichtig ist es auch, die Streikkasse zu füllen, damit der Kampf weitergeführt werden kann. Dafür hat die Jugendgruppierung *No Pasarán* eine Kampagne mit dem Titel „Ein/e Student/in, ein Euro" an den Universitäten ins Leben gerufen. Auch wir müssen von Deutschland aus diesen so wichtigen Kampf gegen die Auswirkungen der Krise unterstützen.



Kuba: Die kapitalistische Restauration schreitet voran

Die Nationalversammlung beschließt ein neues Gesetz über Auslandsinvestitionen

von **Diego Dalai** (PTS, Buenos Aires)

Die castristische Bürokratie hat einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Restauration des Kapitalismus gemacht. Dabei hat sie einen Diskurs, die Wirtschaft des Landes „voranzubringen", die „nationale Souveränität" zu verteidigen und „niemals zur Vergangenheit zurückzukehren". Außerdem wird versichert, dass das Wirtschaftssystem des „sozialistischen Kubas" weiterhin auf dem „Besitz der gesamten Bevölkerung" basieren wird. Auf „Vorschlag" des Staatsrats (dem höchsten Regierungsorgan) stimmte das Nationale Parlament (für das nur StaatsbürgerInnen kandidieren dürfen, die von der KP Kubas und den „Massen-Institutionen", die sie kontrolliert, unterstützt werden) einstimmig für das neue Gesetz über Auslandsinvestitionen. Es ersetzt das Gesetz von 1995, das in der sogenannten „Sonderperiode" verabschiedet wurde.

Im Unterschied zu anderen Gesetzen, die durch breite „Debatten" in zehntausenden „Versammlungen" gingen (wie das kürzlich angenommene Arbeitsgesetz oder die Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik von 2010), wurde der Entwurf nicht veröffentlicht, geschweige denn in einer anderen Instanz diskutiert. Denn es handelt sich um eine wirkliche „Staatsfrage", ein Schlüsselelement für das Projekt der Bürokratie zur „Erneuerung des Wirtschaftsmodells", von dem erst jetzt, nach der Verabschiedung, Details bekannt werden. Es stellt den eindeutigsten Schritt der letzten Jahrzehnte zur kapitalistischen Restauration unter Führung der KP Kubas dar.

Verbindung mit dem ausländischen Kapital

Das neue Gesetz hat das erklärte Ziel, direkte Investitionen von ausländischem Kapital anzuziehen; spekuliert wird über Summen von 2 bis 2,5 Milliarden Dollar jährlich. Dafür sollen die Zugeständnisse, die das Gesetz von 1995 machte, ausgeweitet und vertieft sowie dem Kapital große Vorteile und Garantien eingeräumt werden. Die Steuern auf die Profite werden von 30 auf 15 Prozent gesenkt und darauf nochmal Zahlungsaufschübe von mehreren Jahren gewährt. Die Steuern auf die Einstellung von Arbeitskräften, die vorher bei 20 Prozent des Gehalts lagen, werden gestrichen. Die Unverletzbarkeit des Eigentums investierender Unternehmen wird garantiert, von einem nationalen Notfall abgesehen, der dann mit entsprechenden Entschädigungszahlungen einhergeht. Die Bereiche, die für Auslandsinvestitionen offen sind, werden vom Tourismus, dem Bergbau und der Ölförderung auf die gesamte kubanische Wirtschaft ausgedehnt, ausgenommen das Gesundheits- und Bildungssystem sowie die Verteidigung. Der freie Im- und Export ohne staatlichen Eingriff wird garantiert, wodurch die staatliche Kontrolle des Außenhandels endgültig zerstört wird.

Der vollständige Gesetzestext ist noch nicht bekannt, und eine konkrete Umsetzung ist abzuwarten. Doch alles deutet darauf hin, dass die Ansiedlung von Unternehmen, die zu 100 Prozent ausländischem Kapital gehören, ebenfalls erlaubt werden soll. Diese Möglichkeit existierte schon im Gesetz von 1995, wurde aber nie angewandt; In den 90er Jahren dehnte sich stattdessen das Modell der „empresas mixtas" oder „joint ventures" aus, also Mischunternehmen, die zu 51 Prozent dem Staat gehören. Insbesondere werden starke Investitionen in die kubanische Landwirtschaft erwartet. In diesem Sektor besitzt Brasilien schon wichtige Anlagen, die sich ausdehnen, wie bei Soja, Milch, Geflügel und anderen Lebensmittelbereichen, wo Kuba trotz der Reformen der letzten Jahre eine sehr niedrige Produktivität aufweist und 80 Prozent seiner Nahrungsmittel importieren muss.

Ein Schlüsselelement des Projekts und ein Anzeichen dessen, was kommen wird, ist der neue Tiefseehafen von El Mariel. Er befindet sich 50 Kilometer von Havanna entfernt und benötigte eine Investition von 850 Millionen Dollar, die hauptsächlich aus Brasilien kam (75 Prozent stammen von der Brasilianischen Entwicklungsbank BNDES, der Rest vom kubanischen Staat). Dieser Hafen liegt am Eingang zum Golf von Mexiko und nah am Panama-Kanal (der gerade ausgebaut wird) und wird das Kopfstück einer Freihandelszone sein, die vollständig vom Singapurer Hafenbetreiber PSA International kontrolliert wird. Damit soll das chinesische Modell kopiert werden, wo in den 70er Jahren Freihandelszonen dieser Art eröffnet und in den 90er Jahren verallgemeinert wurden. Sie bildeten die Grundlage der kapitalistischen Restauration des asiatischen Riesen. Auf jeden Fall zielt El Mariel darauf ab, sich in einen wichtigen Handels- und Industriestandort frei von Steuern für ausländische Kapitale zu verwandeln, die die billige und qualifizierte kubanische Arbeitskraft ausbeuten können.

Die Bürokratie behält ihre Macht und dehnt ihre Geschäfte aus

Ein weiterer zentraler Aspekt des neuen Gesetzes ist die Möglichkeit für „natürliche juristische Personen", d.h. kubanische Firmen oder Institutionen (seien sie auf kubanischem Boden oder nicht) an ausländischen Investitionen teilzunehmen. Das eröffnet Tür und Tor für Investitionen der mächtigen „exilkubanischen" UnternehmerInnen, hauptsächlich aus Miami. Sie festigen seit letztem Jahr ihre Beziehungen zur Insel, nach der Reform des kubanischen Migrationsgesetzes im Januar 2013.

Aber das Projekt der Bürokratie ist es, selbst den Prozess der Restauration anzuführen, indem sie die politische Macht und das Ein-Parteien-Regime beibehält, ähnlich dem Restaurationsprozess in China oder Vietnam. So hat es seit dem Amtsantritt Raúl Castros im Jahr 2006, neben der Entlassung von rechten politischen DissidentInnen aus dem Gefängnis als Geste zur Verbesserung der Beziehungen zu den US-amerikanischen und europäischen Imperialismen, keine politischen Reformen gegeben. Im Gegenteil wurde eine bedeutende „Säuberung" der Spitzen der Regierung und der Partei durchgeführt und die verschiedenen Flügel der Bürokratie wurden in ihre Schranken gewiesen (sowohl diejenigen, die aus Angst vor dem Verlust ihrer Privilegien dem Wandel zögerlich gegenüber standen, als auch diejenigen, die die Reformen sehr viel schneller vorantreiben wollten). Die einzige Institution, die eine „politische Öffnung" erlebte, war die Katholische Kirche, die ihren Platz als anerkannte Institution wiedererlangte und dazu aufgerufen wurde, mit der ausländischen





Diplomatie zu diskutieren und zu „vermitteln". Diese reaktionäre, prokapitalistische und eingefleischt antikommunistische Institution hat jetzt das Recht, ihre Zeitschriften und Broschüren zu drucken und zu verteilen, während die ArbeiterInnen keine Versammlung ohne die Erlaubnis „ihrer" jeweiligen Organisation durchführen dürfen. Das Ein-Parteien-Regime soll um jeden Preis erhalten bleiben, um der Bürokratie eine gewisse Stabilität zu garantieren und es ihr zu erlauben, sich selbst in UnternehmerInnen und MillionärInnen zu verwandeln.

So geben sich die Chefs der regierenden Bürokratie mit dem neuen Gesetz jetzt auch selbst die Möglichkeit, sich in AktionärInnen der neuen Unternehmen zu verwandeln. Dies ist möglich durch Unternehmen, die durch die marktwirtschaftlichen Reformen seit 2008 leicht zu gründen sind. Das neue Gesetz erlaubt es den Genossenschaften, die sich auf dem Land schon ausgedehnt haben und sich jetzt in den Städten verbreiten, im Sinne der „Umstrukturierung" der staatlichen Firmen, sich mit ausländischen Firmen zu verbinden, um Investitionen anzuziehen. Die großen AnführerInnen des Staates, der Kommunistischen Partei und vor allem der Revolutionären Streitkräfte (die Elite der Armee) kontrollieren 40 Prozent der Wirtschaft und der wichtigsten Devisenquellen (Tourismus, Bergbau, Gesundheits- und Bildungssystem) sowie 80 Prozent des Außenhandels. Sie werden ihre privilegierten Positionen und die finanziellen Ressourcen, die sie in Jahren des Parasitismus vom Staat auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung abzweigten, dazu nutzen, um sich mit den großen Geschäften zu verbinden, die sich durch die Öffnung für das internationale Kapital ergeben.

Nur die ArbeiterInnenklasse kann die sozialen Errungenschaften retten

Gleichzeitig greift die Bürokratie die arbeitende Bevölkerung direkt an, in dem sie hunderttausende ArbeiterInnen aus den Staatsbetrieben entlassen hat (im Dezember 2013 betrug die offizielle Zahl 450.000). In den nächsten Monaten und Jahren soll sich diese Zahl erhöhen (das Ziel sind 1,8 Millionen) und tausende Betriebe sollen geschlossen und verschrottet werden. Das Rentenalter wurde um fünf Jahre angehoben und das Rationierungsheft, mit dem ein Teil der Bedürfnisse einer Familie kostenlos gedeckt wurde, wird abgeschafft, genauso wie der Großteil der Subventionen für den Konsum der Massen. All das geschieht mit der zynischen und kriminellen Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie der CTC und anderer Massenorganisationen wie des Verbands der landwirtschaftlichen Genossenschaften, dessen AnführerInnen gerade in den Staatsrat aufgenommen wurden.

Um den riesigen Schlag gegen die Lebensbedingungen der Massen zu kaschieren, treibt die Regierung die Arbeit auf eigene Rechnung (*„cuentapropismo"*) und die Genossenschaften voran. Diese haben in einigen Sektoren eine gewisse Dynamik geschaffen und könnten sich in einem ersten Moment der Öffnung für ausländisches Kapital durch neue Investitionen bevorteilt sehen. Aber eher früher als später wird das Kapital sein wahres Gesicht zeigen und Hunderttausende ins Elend und in die Arbeitslosigkeit stürzen, Millionen der Ausbeutung unterwerfen und die Ressourcen des Landes ausplündern.

Die kubanische Führung setzt weiter auf sozialistische Folklore, während sie Schritte zur Restauration des Kapitalismus geht.

Das neue Investitionsgesetz stellt Kuba vor die Rückkehr zum Kapitalismus. Dies geschieht im Rahmen der marktwirtschaftlichen Reformen und der Zerstörung des staatlichen Produktivapparats. Weitere Reformen werden noch kommen, wie die Vereinheitlichung der Währung (die Abschaffung der Trennung zwischen dem kubanischen *Peso* und dem *Peso convertible*), die die Preise tendenziell denen auf dem Weltmarkt angleichen und die Verteidigung des kleinen und rückständigen kubanischen Produktivapparats gegenüber den ausländischen Industriemächten beenden wird.

Die kapitalistische Restauration Kubas wäre eine Niederlage für die gesamte lateinamerikanische ArbeiterInnenklasse und ein Triumph des Imperialismus. Die ehrlichen KämpferInnen des gesamten Kontinents müssen den tiefgründigen Wandel, den die Bürokratie mit dem Wohlwollen des internationalen Kapitals gerade durchsetzt, aufmerksam verfolgen, genauso wie die Wendungen, die die politische Situation des Landes nehmen könnte. Und vor allem müssen wir aktiv den Kampf gegen die imperialistische Blockade und für die Entmachtung der Bürokratie und die Abschaffung ihrer Privilegien vorantreiben. Das reaktionäre Ein-Parteien-Regime, welches mit einem falschen „sozialistischen" Diskurs und polizeistaatlichen Methoden das Leben der ArbeiterInnen und der Massen kontrolliert und ihr elementares Recht auf Streiks, Demonstrationen und Organisation außerhalb der KP oder der von ihr kontrollierten „Massen-Organisationen" verbietet, muss gestürzt werden. Der einzige progressive Ausweg ist die Durchsetzung einer wirklichen Regierung der ArbeiterInnen und armen Bauern/Bäuerinnen, die durch ihre Kampforganisationen und mit voller ArbeiterInnendemokratie die nationale Wirtschaft umorganisiert und alle Reformen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung überprüft. Die politische Revolution in Kuba kann dabei nur als Teil des Kampfes gegen den Imperialismus und für die soziale Revolution in ganz Lateinamerika und in den USA selbst siegen. Einmal mehr zeigt sich der utopische und reaktionäre Charakter der stalinistischen Idee des „Sozialismus in einem einzigen Land", die der Castrismus in einem kleinen, isolierten und wirtschaftlich rückständigen Land übernommen hat.

3. April 2014 – zuerst erschienen in „La Verdad Obrera Nº 564"



Türkei: Fabrikbesetzungen

Die Fabriken Greif und Kazova in Istanbul werden von streikenden ArbeiterInnen besetzt, die auch erste Erfahrungen mit Produktion unter ArbeiterInnenkontrolle machen

von **Baran Serhad** und **Suphi Toprak** (RIO, München)

Die anhaltende politische Krise in der Türkei ist nicht nur geprägt vom Konflikt zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie und der wirtschaftlichen Instabilität des Landes, sondern auch von einem neuen Phänomen in der ArbeiterInnenklasse: Radikalisierte Methoden, antibürokratische Ansätze, Fabrikbesetzungen und Erfahrungen der Produktion unter ArbeiterInnenkontrolle sind in der Türkei zu beobachten.

Die ArbeiterInnen der Fabriken Greif und Kazova aus der Textilbranche haben ihre Fabriken besetzt. Dies ist Ausdruck eines beginnenden Sprungs der ArbeiterInnen. Ausgangspunkt für die Besetzung bei Greif war die prekäre Situation in der Fabrik mit niedrigen Löhnen, Leiharbeit und Arbeitsunfällen. Als der Unternehmer Tarifverhandlungen verweigerte, haben die 500 gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen am 10. Februar 2014 die Fabrik besetzt.[1]

Die Textilfabrik Kazova produziert seit dem 31. August 2013 unter ArbeiterInnenkontrolle. Der Kampf wurde am 27. Februar 2013 von 90 ArbeiterInnen aufgenommen, nachdem die Fabrik von ihren FabrikbesitzerInnen ohne die Auszahlung der seit vier Monaten ausstehenden Löhne und ohne jegliche Abfindung für die Belegschaft geschlossen worden war. In den hitzigsten Tagen der Gezi-Bewegung haben sie deshalb ihre Fabrik besetzt und im Laufe ihrer Kämpfe die Maschinen auch gesetzlich zugesprochen bekommen. Inzwischen versuchen sie, durch einen Verkaufsladen die Produktion fortzuführen – ein Vorbild für die ArbeiterInnenklasse, trotz der Grenzen dieses genossenschaftlichen Projekts.[2]

Die Erfahrungen bei Kazova und Greif, die einen Sprung im Bewusstsein von Teilen der ArbeiterInnenklasse darstellen, geschehen im Kontext der permanenten Krise des türkischen Regimes. In diesem zwischen Konfliktregionen liegenden halbkolonialen Land ist das bürgerliche System instabil. Die aktuelle AKP-Regierung steht unter dem Zeichen eines „Bonapartes"[3], des Ministerpräsidenten Erdoğan, dessen historische Aufgabe darin bestand, durch wirtschaftliche Liberalisierung und regionale Machtpolitik die Interessen der türkischen Bourgeoisie in einer wirtschaftlichen und politischen Krise voranzubringen. Mittel dazu waren die „Befriedung" der kurdischen Frage und das Zurückdrängen des mächtigen Militärapparats aus Wirtschaft und Staat, sowie weitgehende Privatisierungen. Das klägliche Scheitern der neuen türkischen Außenpolitik und wirtschaftliche Engpässe im Zuge der Weltwirtschaftskrise beschleunigten jedoch das Auseinanderdriften der bürgerlichen Fraktionen, die hinter der AKP-Regierung stehen. Die Regierung kann kein neues Programm für die Zusammenführung dieser Fraktionen entwerfen und versucht deshalb stattdessen, ihre eigene islamisch-konservative Basis zu festigen.

Entwicklungen bei den ArbeiterInnen

Die neoliberale Politik des türkischen Regimes findet ihren Niederschlag in prekären Arbeitsverhältnissen und einem breiten Niedriglohnsektor. Der offizielle Mindestlohn beträgt 287 Euro im Monat. Durch fehlende Arbeitssicherheit starben vergangenes Jahr 1203 Menschen bei Unfällen.[4] Wenn Unternehmensführungen gewerkschaftliche Organisierung wittern, endete das meist mit Kündigungswellen. Darauf folgt oft ein Kampf in Zelten vor dem Betrieb. In unregelmäßigen Abständen kommt es dabei auch zu Betriebsbesetzungen – für gewöhnlich bleibt das aber eine kurze Phase.

Die Arbeitskämpfe von Kazova und Greif werfen neue Aufgaben und offene Fragen auf. Die Produktion unter ArbeiterInnenkontrolle hat auch ihre Grenzen: Löhne müssen gezahlt, Maschinen repariert werden. Daher versuchen die ArbeiterInnen, durch den Verkauf einiger Produkte, Solikonzerte und Spenden das nötige Geld aufzutreiben. Eine gewerkschaftliche und politische Organisierung, um eine führende Rolle innerhalb der ArbeiterInnenklasse zu übernehmen, fehlt jedoch. Diese Beschränkung sollte beim Greif-Kampf Folgen haben. Es besteht noch keine Vorstellung von einer gemeinsamen antibürokratischen Strömung innerhalb der Gewerkschaften. Kazova und Greif konnten sich in diesem Rahmen nicht gegenseitig unterstützen, obwohl beide Fabriken formal von der selben Gewerkschaft DİSK/Tekstil organisiert werden. Eine gemeinsame Front gegen die Gewerkschaftsbürokratie von DİSK/Tekstil könnte dazu beitragen, die Prekarisierung und Leiharbeit in der Textilbranche zurückzudrängen.

Der Greif-Kampf ist aufgrund des radikalen Kampfes gegen die verräterische Gewerkschaftsbürokratie von großer Bedeutung. Zum ersten Mal in der türkischen Geschichte gibt es eine offene Auseinandersetzung mit der Bürokratie der DİSK. Diese linke Gewerkschaft hat während der Fabrikbesetzung den ArbeiterInnen den Rücken zugekehrt und Anstrengungen für die Kollaboration mit den KapitalistInnen unternommen. Deshalb konnte die besetzte Fabrik bei einem Polizeiangriff am 9. April geräumt werden. Die Gewerkschaftsbürokratie hat zuletzt ein Protokoll mit den Chefs unterzeichnet, das den Kampf offiziell für beendet erklärt, während die ArbeiterInnen heute noch kämpfen. Revolutionäre Kräfte konnten bisher nur symbolisch und handwerklerisch agieren, weshalb notwendige Schritte wie die Ausweitung des Kampfes auf andere Fabriken und Universitäten sowie eine antibürokratische Fraktionsarbeit innerhalb der Gewerkschaft ausblieben.

Auch wenn diese Auseinandersetzungen die Spitze der aktuellen ArbeiterInnenkämpfe markieren, sind sie auf keinen Fall die einzigen. Ungefähr 200 entlassene ArbeiterInnen des vor zwei Jahren privatisierten Heizkraftwerks Seyitömer Linyitleri İşletmesi haben am 17. April das Unternehmensgebäude angegriffen. Nur mit Polizei und Gendarmerie konnten sie geräumt werden.[5] Gegen die Privatisierung von Kohlekraftwerken in Yatağan, Yeniköy und Kemerköy machen die ArbeiterInnen seit Monaten Aktionen. Seit dem 10. April demonstrieren sie vor der Privatisierungsbehörde in Ankara. Am 18. April wurden sie von der Polizei brutal angegriffen.[6] Diese ArbeiterInnen konnten trotz Widerstand der Bürokratie ins Gewerkschaftshaus von Türk-İş, dem größten Gewerkschaftsdachverband in der Türkei,





1. Suphi Toprak: Türkei: Die Fabrikbesetzung von Greif. http://www.klassegegenklasse.org/turkei-die-fabrikbesetzung-von-greif/.
2. http://kazovaiscileri.blogspot.de/p/haberler.html
3. Wladek Flakin: Was ist Bonapartismus? In: Klasse Gegen Klasse Nr. 3. http://www.klassegegenklasse.org/was-ist-bonapartismus/.
4. http://bianet.org/bianet/toplum/152410-2013-te-en-az-1203-isci-oldu
5. http://haber.rotahaber.com/isten-cikarilan-isciler-fabrika-basti_452716.html
6. http://www.evrensel.net/haber/82542/yatagan-iscilerine-polis-saldirisi.html#.U1PSwaKA-XY

und Radikalisierung

eindringen. Sie beklagen die fehlende Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie: „Wer die ArbeiterInnen verrät, den lassen wir auch fallen", so ihre Parole. In dieser Phase haben 40 ArbeiterInnen die Zeitung „Karşı" („Dagegen") besetzt und geben sie seitdem online heraus. Karşı ist vor einigen Monaten erstmals als Zeitung der Gezi-Bewegung erschienen, doch der Chef erklärte ohne Vorankündigung die Einstellung.

Die Zusammenführung dieser Kämpfe findet auf symbolischer Ebene mit Solidaritätserklärungen und Delegationsbesuchen statt. Diese können aber nicht die gewerkschaftliche Solidarisierung der Betriebe ersetzen.

Die Krise der revolutionären Führung in der Türkei

Angesichts der instabilen Situation mit Massendemonstrationen auf den Straßen, Spaltungen innerhalb der bürgerlichen Fraktionen, Fabrik- und Betriebsbesetzungen und wirtschaftlichen Schwankungen, nimmt die aggressive Haltung des „Bonapartes" Erdoğan aktuell zu. Dabei haben die heroischen Kämpfe der unterdrückten türkischen Massen seit dem Beginn des Gezi-Aufstands in den Straßen und Fabriken aufgrund der nur sporadischen Teilnahme der ArbeiterInnenbewegung und der fehlenden revolutionären Führung ihre Grenzen erreicht. Die Perspektivlosigkeit in der Phase vor den Kommunalwahlen half bei der Gründung einer reaktionären Front zwischen der sozialdemokratisch-kemalistischen CHP, der faschistischen MHP und der islamischen Gülen-Bewegung, da die Forderungen der Massen sich nur auf die Bekämpfung der AKP beschränkten.

Ein wichtiger Faktor der Perspektivlosigkeit der türkischen Linken ist die in ihr dominante stalinistische Staatstheorie: Sie gehen davon aus, dass der Staatsapparat unbeschadet von einer sozialistischen Partei übernommen werden könne. So fordern sie die Verstaatlichung von Betrieben, die schließen oder entlassen, ohne gleichzeitig die Produktion unter ArbeiterInnenkontrolle zu fordern. Die kämpfenden ArbeiterInnen werden so von ihnen ignoriert. Jeder Versuch, die Kämpfe auszuweiten, scheitert an der Untätigkeit und Blockade der Gewerkschaftsbürokratie.

So hat die Gewerkschaftsbürokratie von DİSK/Tekstil eine vermittelnde Rolle zwischen Chefs und passiven Teilen der Belegschaft eingenommen. Da eine Ausweitung und Radikalisierung des Kampfes die materielle Basis der Gewerkschaftsbürokratie erschüttern würde, hat sie bei Greif von Beginn an eine bremsende Rolle gespielt. Unter der Führung der kämpfenden Betriebe von Greif und Kazova könnte eine neue Organisationsform der Gewerkschaften die notwendige Solidarisierung organisieren und den Weg für einen Generalstreik frei machen. Sie müsste die jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit aller FunktionärInnen, das Rotationsprinzip und die Entlohnung von FunktionärInnen nach durchschnittlichem FacharbeiterInnenlohn durchsetzen.

Für die Überwindung der Gewerkschaftsbürokratie und die Verteidigung der besetzten Fabriken gegen Chefs und Polizei bedarf es einer Anstrengung der wichtigsten Teile der ArbeiterInnenklasse. Es ist illusorisch, aus einem einzigen Betrieb heraus die Gewerkschaftsstrukturen von Grund auf ändern zu wollen. Eine revolutionäre Bewegung in den Schlüsselbetrieben des Landes gehört neben einer antibürokratischen Strömung in den Gewerkschaften zur Grundlage einer revolutionären Partei. Dazu gehört auch die Ausweitung der Solidarität auf internationaler Ebene, die einen soliden Druck auf die Gewerkschaftsbürokratie ausübt.

Die Gezi-Bewegung mit ihren Diskussionsforen schwankt konjunkturell. Dennoch ermöglichen ihre Foren die Zusammenführung von Kämpfen. So wurde das größte Greif-Solikonzert vom Caferaga-Forum organisiert. Einige Foren beteiligen sich auch an Soli-Komitees. Es fehlt bis jetzt jedoch an einem revolutionären Programm, um die Gezi-Bewegung mit den aktuellen Kämpfen in Betrieben und Fabriken zu verbinden. Inzwischen sind in Istanbul einige Häuser durch Foren besetzt. Diese Projekte können sich sehr schnell isolieren und degenerieren. Der beste Weg aus der Sackgasse ist die Unterstützung der Kämpfe der ArbeiterInnen. Mit jedem Erfolg dieser Kämpfe können auch Forenprojekte umso eher ihre eigenen Schranken überwinden.

Die Krise des türkischen Systems spitzt sich angesichts der ungelösten sozialen Fragen, der harten Arbeitskämpfe und der Konflikte innerhalb der Bourgeoisie zu. Sie offenbart gleichzeitig die Krise in der programmatisch beschränkten radikalen Linken, die einen konsequenten Aufbau innerhalb der ArbeiterInnenklasse meidet und daher die aktuelle Dynamik nicht aufgreifen kann. Umso mehr besteht die Notwendigkeit der Gründung einer revolutionären ArbeiterInnenpartei, die die fortschrittlichen Forderungen der Massenbewegungen aufgreift und ihren kleinbürgerlichen Charakter überwinden kann. Diese Führung muss aus der Bewegung der aktuellen Kämpfe heraus eine revolutionäre Antwort auf den dreckigen Konflikt zwischen den bürgerlichen Fronten geben!



„Die Einheit der ArbeiterInnen wird das Kapital besiegen": ein Transparent auf dem Dach der besetzten Greif-Fabrik in Istanbul.

Argentinien steht still

Der Generalstreik am 10. April richtete sich gegen die Sparpakete der Regierung

von **Max Karlmann** (RIO, Berlin)

10. April in Buenos Aires. Das pulsierende Herz Argentiniens wirkt wie ausgestorben. Die Metropole steht still. Die wichtigsten Wege ins Innere der Stadt werden blockiert. Ab 5 Uhr morgens stehen Streikposten vor Betrieben und an Schlüsselstellen der Infrastruktur.

Im Norden von Buenos Aires, einem der wichtigsten Industriegebiete, ziehen über 1.000 ArbeiterInnen auf die *Panamericana*-Autobahn. Sie werden bereits von Polizeitruppen und Tränengas erwartet. Einer der Streikenden ruft in sein Megaphon: *„Die Panamericana gehört uns!"* Lauter Jubel ist die Antwort. Die ArbeiterInnen lassen sich von der Repression der Regierung nicht unterkriegen.

Der zweite Generalstreik gegen Präsidentin Christina Fernández de Kirchner fiel nicht einfach vom Himmel. Anfang Januar wertete die argentinische Regierung die Landeswährung *Peso* um 18 Prozent ab, was eine Inflation von bis zu 50 Prozent zur Folge hatte. Strom und Gas verteuerten sich um bis zu 400 Prozent. Für die argentinischen Massen bedeutet die abnehmende Kaufkraft eine unglaubliche Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen.

Kirchner, die sich gerne ein linkes Image gibt, fuhr zwei Strategien: Zum einen schob sie Verhandlungen über höhere Löhne auf und verkaufte dies gemeinsam mit der rechten Gewerkschaftsbürokratie als Erfolg, „um die Märkte zu beruhigen". Zum anderen sorgte sie dafür, dass sich einige GewerkschaftsbürokratInnen gegen den landesweiten Streik am 10. April aussprachen.

Als Anfang März in Buenos Aires ein sehr kämpferischer, 17-tägiger Streik der LehrerInnen begann, war das für die Regierung ein Schlag ins Gesicht. In einer der wichtigsten Gewerkschaften radikalisierten sich die ArbeiterInnen massiv und konnten kleine Lohnerhöhungen erkämpfen. So zeigten sie, dass man die Regierung zum Einlenken zwingen kann.

Daraufhin riefen die trotzkistische Organisation PTS und ihr nahestehende Betriebsgruppen und ArbeiterInnen Mitte März zu einem landesweiten Treffen der kämpferischen GewerkschafterInnen auf, an dem über 4.000 ArbeiterInnen teilnahmen.[1] Beschlossen wurde, Druck auf die Gewerkschaftsführungen für einen Generalstreik gegen die Angriffe von Kirchner aufzubauen.

Kämpferische GewerkschafterInnen und politische Organisationen, insbesondere die PTS, organisierten demokratische Streikversammlungen im ganzen Land. Dort konnten die Forderungen der ArbeiterInnen und der Jugend abgestimmt werden. Sie setzten sich für Straßensperren auf den wichtigsten Zufahrtsstraßen von Buenos Aires und insbesondere im Norden der Stadt ein. Dadurch konnten nicht nur Prekarisierte und Arbeitslose ihren Forderungen aktiv Ausdruck verleihen: Auch Fabriken, in denen die Bürokratie Mehrheiten hatte, wurden damit bestreikt. Denselben Effekt hatte der Stillstand der U-Bahn von Buenos Aires.

Auf demokratischen Streikversammlungen hielten die ArbeiterInnen ein Programm gegen die Gewerkschaftsbürokratie hoch. Diese hatte kein Interesse daran, ernsthaft etwas gegen die Sparpakete zu tun und versuchte nur, die ArbeiterInnen still zu halten.

Am 10. April standen der Transport- und der Dienstleistungssektor komplett still, wie auch der größte Teil des Industriesektors. Weiterhin streikten tausende LehrerInnen. Im Norden von Buenos Aires wurden beispielsweise Betriebe wie Kraft, Pepsico und Unilever bestreikt. In Córdoba beschlossen die Bosse der Renault-Fabrik, den 10. April zum arbeitsfreien Tag zu erklären – sie wussten, dass ihre Fabriken sowieso komplett bestreikt würden.

Die Regierung versuchte, den Streik zu denunzieren. Innenminister Florencio Randazzo behauptete, der Streik sei „erpresserisch" und viele ArbeiterInnen wollten eigentlich arbeiten, was durch das Lahmlegen der Transportmittel verhindert worden sei. Aber im Gegenteil konnten viele prekarisierte ArbeiterInnen die Straßenblockaden als „Entschuldigung" nutzen, um der Arbeit fernzubleiben – was sie sich sonst nicht getraut hätten.

Die Wahlen von 2013 und der großartige Erfolg der FIT zeigten, dass es Hunderttausende ArbeiterInnen in Argentinien gibt, die in Opposition zur Regierung stehen und die für eine Perspektive der Klassenunabhängigkeit eintreten. Der Generalstreik war ein wichtiger Schritt, dieses Bewusstsein zu fördern und die strategische Wichtigkeit der ArbeiterInnenorganisationen aufzuzeigen.

Die Strategie der PTS beschränkt sich nicht auf politische Agitation, denn das würde zu einer Perspektive des Elektoralismus, der Beschränkung auf Wahlen, führen. Genauso falsch wäre es, sich nur auf den Kampf in den Gewerkschaften zu beschränken, denn das führt zum Syndikalismus. Die Strategie der PTS besteht darin, Arbeitskämpfe mit einem revolutionären Programm zu verknüpfen. Das beinhaltet den Aufbau einer revolutionären Massenpartei, die die besten Teile der Avantgarde der ArbeiterInnenklasse versammelt, konsequent für die Selbstorganisierung der Kämpfe eintritt, und letztendlich für die sozialistische Revolution und den Kommunismus.

1. K.A. Stern: Argentinien: Treffen der kämpferischen Gewerkschaftsbewegung. http://www.klassegegenklasse.org/argentinien-treffen-der-kampferischen-gewerkschaftsbewegung/.



Bei der Blockade der Panamericana-Autobahn stehen sich PolizistInnen und Streikende gegenüber.



Mexiko: 1. Kongress der LTS

Am 29. März sowie am 5. und 6. April tagte der 1. Kongress der Liga sozialistischer ArbeiterInnen (LTS) in Mexiko. Dieser war der Höhepunkt einer dynamischen Intervention im Klassenkampf, sowohl im Streik der LehrerInnen wie in der Jugendbewegung. AktivistInnen der LTS standen in der ersten Reihe der Kämpfe für die Rechte der Frauen und die Freilassung der politischen Gefangenen in den letzten Jahren.

Durch eine große Anstrengung hat die Gruppe es geschafft, alle undemokratischen Hürden zu überwinden, damit die „Bewegung sozialistischer ArbeiterInnen" (MTS) von der LTS und unabhängigen GenossInnen als Nationale Politische Gruppierung gesetzlich anerkannt wird. Der Kongress diskutierte die nationale und internationale Situation, um die nächsten Aufgaben für den Aufbau einer neuen revolutionären Organisation in Mexiko und international zu definieren.

Die LTS existiert bereits seit 1988, aber eine neue Generation schloss sich dem Trotzkismus während des fast einjährigen Streiks an der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko (UNAM) 1999-2000 an. Doch die meisten Delegierten auf dem Kongress waren Jugendliche, die sich im Rahmen der Bewegung #yosoy132 – in etwa vergleichbar mit der Bewegung der Empörten in Europa – im Jahr 2012 für eine revolutionäre Perspektive entschieden. Aber auch ArbeiterInnen von der mexikanischen Telefongesellschaft oder der Honda-Fabrik, in der ein sehr harter Kampf stattfindet, waren unter den Delegierten.

Im Rahmen des Aufbaus der MTS als große revolutionäre Organisation werden die Gruppierungen für Jugendliche und Frauen verstärkt, genauso wie die LTS-Zeitung umbenannt und neu lanciert wird. Zudem werden mehrere Bücher und ein neues Theoriemagazin erscheinen. Diese Schritte – zusammen mit der Ausweitung der MTS auf andere Provinzen als die Hauptstadt – sollen den Weg zu einer revolutionären Organisation bereiten, die Teil der Avantgarde der ArbeiterInnen ist.

wf

Artikel auf Spanisch: http://www.ft-ci.org/Mexico-Se-realizo-el-I-Congreso-de-la-LTS



Brasilien: Bewegung „Unsere Klasse"

Im November letzten Jahres hatte die Liga Revolutionäre Strategie – Vierte Internationale (LER-QI) eine Versammlung organisiert, um die Lehren aus der großen Protestbewegung in Brasilien im Juni 2013 zu diskutieren. Die 800 Menschen auf dieser Versammlung – Jugendliche, ArbeiterInnen, Schwarze, Frauen, LGBTTI-Menschen – stimmten auch für die Gründung einer revolutionären Gruppierung in der ArbeiterInnenbewegung.

Die MüllarbeiterInnen in Rio de Janeiro konnten im März 2014 trotz ihrer gelben Gewerkschaft eine Verbesserung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen durchsetzen – dafür brauchten sie radikale Methoden, demokratische Versammlungen und einen Streik mitten im Karneval. Dieser Sieg schuf eine neue Situation für die ArbeiterInnenbewegung im größten Land Lateinamerikas, weswegen die LER-QI Ende März zu einem ArbeiterInnentreffen einlud.

Unter den 200 ArbeiterInnen waren „Garis" (MüllarbeiterInnen) aus Rio, U-Bahn-FahrerInnen aus Sao Paulo, BusfahrerInnen aus Porto Alegre, IndustriearbeiterInnen und Bankangestellte aus dem Großraum Sao Paulo, sowie LehrerInnen und UniversitätsmitarbeiterInnen. All diese Sektoren führen Kämpfe gegen die Bürokratie ihrer Gewerkschaften und für die politische Unabhängigkeit der ArbeiterInnenbewegung. Auch der Müllarbeiter Alejandro Vilca aus Jujuy in Nordargentinien (Mitglied der PTS) war dabei, um internationale Solidarität auszudrücken. Im Sinne der Einheit von Arbeitenden und Studierenden nahmen auch über 100 Jugendliche teil.

Das Treffen gründete die Bewegung „Nossa Classe" („Unsere Klasse"), die dem Beispiel der MüllarbeiterInnen folgen und gegen die Regierung, die Bosse und die Gewerkschaftsbürokratie kämpfen wird: Die ArbeiterInnen müssen auf ihre eigene Kraft setzen und sich selbst organisieren, aber nicht nur für wirtschaftliche Forderungen, sondern gegen jede Art von Unterdrückung.

wf

Artikel auf Portugiesisch, Spanisch, Englisch: http://www.ft-ci.org/Mais-de-200-trabalhadores-fundam-o-Movimento-Nossa-Classe



Uruguay: Revolutionäre Internationalistische Jugend

Am 16. März gründete sich die Revolutionäre Internationalistische Jugend (JRI) in Uruguay. Das Manifest für eine Bewegung für eine Internationale der Sozialistischen Revolution, das auf der letzten Konferenz der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI) verabschiedet worden war, diente dazu als Grundlage.

Seit einigen Jahren entfalten Mitglieder der FT-CI eine politische Arbeit in Uruguay, sowohl in der Studierendenbewegung, wie auch beim großen Streik der LehrerInnen im letzten Jahr. Fünf Ausgaben der Zeitung „Revolutionäre Strategie" sind bisher erschienen. Am 26. März wurde zudem bekannt, dass die Unigruppierung „Tesis XI", bestehend aus der JRI und unabhängigen Studierenden, bei den Wahlen in der geisteswissenschaftlichen Fakultät der „Universität der Republik" über 100 Stimmen erhalten hatte.

Seit neun Jahren wird Uruguay von der „Breiten Front", einer Mitte-Links-Formation, regiert. Trotz gelegentlicher fortschrittlicher Gesten (wie die Legalisierung von Cannabis) verwaltet der Präsident José Mujica den kapitalistischen Staat im Interesse der einheimischen und imperialistischen Konzerne. Zudem garantiert diese „linke" Regierung die Straflosigkeit für die Schergen der Militärdiktatur (obwohl der Präsident ein ehemaliger Guerillero ist), und verschärft die Repression gegen soziale KämpferInnen.

Sozialdemokratische und stalinistische Jugendorganisationen schlagen der Jugend in Uruguay eine Politik der Unterstützung dieser Regierung vor, im Sinne der „sozialen Gerechtigkeit" innerhalb des Kapitalismus. Auch Jugendgruppen links von der „Breiten Front" orientieren sich an einem populistischen Modell, wie dem Chavismus in Venezuela. Die JRI dagegen tritt für eine Perspektive der Klassenunabhängigkeit, sowie eine revolutionäre Bewegung der Jugend – sowohl der jungen ArbeiterInnen wie der Studierenden – ein und kämpft für den Aufbau einer revolutionären ArbeiterInnenpartei in Uruguay.

wf

Artikel auf Spanisch: http://www.ft-ci.org/Se-funda-la-Juventud-Revolucionaria-Internacionalista





¿Pan y Rosas?

Warum „Brot und Rosen“? Über eine internationale revolutionär-sozialistische Frauenorganisation

von **Stefan Schneider** und **Wladek Flakin** (RIO, Berlin)

Ein Block von Pan y Rosas *in Argentinien.*

Am 8. März, dem internationalen Frauenkampftag, gingen Frauen in aller Welt auf die Straße. Die Demonstration in Barcelona hatte eine Besonderheit: An der Spitze liefen Arbeiterinnen der Donutfabrik Panrico, die zu jenem Zeitpunkt bereits seit fünf Monaten gegen Entlassungen gestreikt hatten. Es erinnerte ein bisschen an den sozialistischen Ursprung des Frauenkampftages im Jahr 1910.

Diese Verbindung zwischen ArbeiterInnen- und Frauenbewegung fiel aber nicht vom Himmel. Die revolutionär-sozialistische Frauengruppe *Pan y Rosas* hatte den Streik von Anfang an unterstützt und die besonderen Probleme der weiblichen Streikenden thematisiert. Dazu führten sie Interviews und machten Videos, genauso halfen sie den Panrico-Frauen, sich mit anderen Kämpfen zu verbinden. Diese Verbindungen machen den Streik bekannter und lassen Solidarität entstehen.

Frauen müssen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch kämpfen, um sich von ihrer Unterdrückung zu befreien. So waren die Arbeiterinnen von Panrico auch gemeinsam mit *Pan y Rosas* an den Mobilisierungen gegen die Anti-Abtreibungs-Gesetze beteiligt. In einem Manifest hieß es: *„Wir vom Kollektiv Pan y Rosas sind von der dringenden Notwendigkeit überzeugt, sich unabhängig vom Staat, der Kirche und den Parteien der Bosse zu mobilisieren, um unsere Rechte zu erkämpfen.“*

Dieses Beispiel zeigt, wie ein Feminismus aussehen kann, für den der Kampf für die Frauenbefreiung nicht auf die Erweiterung demokratischer Rechte im Rahmen des kapitalistischen Staats beschränkt ist. Ein sozialistischer Feminismus bekämpft die Frauenunterdrückung als Teil des Kampfes gegen die kapitalistische Ausbeutung. Gleichzeitig kämpft ein sozialistischer Feminismus auch gegen sexistische Bedingungen und Vorstellungen außerhalb des Arbeitsplatzes. Denn anders als ihnen oft vorgeworfen wird, ist für MarxistInnen die Unterdrückung der Frauen kein bloßer „Nebenwiderspruch“.

„Brot und Rosen“ war das Motto eines Streiks von über 20.000 Textilarbeiterinnen in Lawrence, Massachusetts, im Jahr 1912. Dieser Name wurde 2003 von einer revolutionären Frauengruppe in Argentinien aufgegriffen, die von Aktivistinnen der PTS zusammen mit unabhängigen Frauen gegründet wurde.[1] Diese Gruppe hat mittlerweile mehr als 1.000 Mitglieder und kämpft für ein Recht auf Abtreibung (das es bis heute in Argentinien nicht gibt), mobilisiert gegen Menschenhandelsnetzwerke und unterstützt zahlreiche Arbeitskämpfe von Frauen.

In vielen anderen Ländern sind *Pan y Rosas*-Gruppen entstanden: In Brasilien unterstützten die Genossinnen einen Streik der prekär beschäftigten Reinigerinnen an der Universität; in Mexiko kämpfen sie gegen die Mordserien an Frauen; in Chile kämpfen sie für die Rechte sexueller Minderheiten; und jetzt hat sich auch in Bolivien ein Initiativausschuss für eine solche Gruppe gegründet, nachdem die marxistische Feministin Andrea D'Atri eine Rundreise durch das Andenland machte.[2] Letztes Jahr gründete sich im Spanischen Staat die erste *Pan y Rosas*-Gruppe in Europa.

Der Zeitpunkt ist bedeutsam: Gerade heute wird wieder stärker ersichtlich, dass Frauen von der Weltwirtschaftskrise sehr viel stärker betroffen sind als Männer. Dies reiht sich ein in einen allgemeinen konservativen *Rollback*, wenn beispielsweise in Deutschland die „Herdprämie“ eingeführt, im Spanischen Staat neue Anti-Abtreibungs-Gesetze verabschiedet und in Frankreich zu Hunderttausenden gegen gleichgeschlechtliche Ehen mobilisiert wird. Aktuell erwacht in der Krise aber auch wieder der Kampfeswille eines Teils der ArbeiterInnenklasse gegen ihre sich immer mehr verschlechternden Lebensbedingungen. Es zeigt sich der herausragende Protagonismus von Frauen in diesen Kämpfen, sowie ein erstarkendes Interesse von Arbeiterinnen für feministische Forderungen.

Dies steht in scharfem Kontrast zu einem offiziellen Feminismus hierzulande, der abgeschirmt an den Universitäten, fernab der Arbeitsplätze existiert. Dieser „Feminismus“ bürgerlicher Frauen geht so weit, reaktionäre Projekte wie die Merkel-Regierung oder den Afghanistan-Krieg zu unterstützen, die arbeitende Frauen ins Elend reißen. Während der bürgerliche Feminismus nämlich davon ausgeht, dass der größte Teil der „Gleichberechtigung“ schon erreicht wäre, stehen die Zugeständnisse, die die Frauenbewegungen erkämpfen konnte, in der Krise wieder zur Disposition.[3] Doch die ersten Anzeichen einer neuen proletarischen Frauenbewegung sorgen auch für ein größeres Interesse daran, den Kampf gegen Unterdrückung und gegen Ausbeutung wieder miteinander zu verbinden.

In Berlin organisierte die Offene Gruppe Marxismus und Geschlecht Ende April die Auftaktveranstaltung einer Diskussionsreihe zur Frage, wie Marxismus und Feminismus zusammengedacht werden können. Mehr als 70 Personen diskutierten zwei Stunden lang angeregt über die Notwendigkeit, einen klassenkämpferischen Feminismus wieder aufzubauen. Besonders die Selbstorganisation von Frauen am Arbeitsplatz müsse gestärkt werden – um im Gegenzug auch die Präsenz arbeitender Frauen und Gewerkschafterinnen in der breiteren Frauenbewegung zu vergrößern. Die konkrete Verbindung zwischen dem Kampf gegen das Kapital und dem Kampf gegen das Patriarchat ist der notwendige Anknüpfungspunkt zwischen Marxismus und Feminismus, um aus der „unglücklichen Ehe“ (Heidi Hartmann) der beiden eine klassenkämpferische und sozialistische Frauenbewegung neu aufzubauen.

ZUM WEITERLESEN

Offene Gruppe Marxismus und Geschlecht:
➟ **marxismusundgeschlecht.wordpress.com**

Pan y Rosas im Spanischen Staat
➟ **mujerespanyrosas.wordpress.com**

Pan y Rosas International
➟ **www.panyrosas.org**

1. Rote Frauenorganisation. http://www.klassegegenklasse.org/rote-frauenorganisation/.
2. ¡Nace Pan y Rosas – Bolivia!. http://www.ft-ci.org/Nace-Pan-y-Rosas-Bolivia?lang=es.
3. Andrea D'Atri: Emanzipation der Frauen in Zeiten der weltweiten Krise. In: Klasse Gegen Klasse Nr. 9. http://www.klassegegenklasse.org/emanzipation-der-frauen-in-zeiten-der-weltweiten-krise/.



KLASSE GEGEN KLASSE

… ist die Zeitschrift von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation, Sektion der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI) in Deutschland.

Den Namen **KLASSE GEGEN KLASSE** verstehen wir als eine Kampfansage an die Gewerkschaftsbürokratie in Deutschland und ihre Ideologie der „Sozialpartnerschaft". Die ArbeiterInnen und Jugendlichen in Deutschland können ihre Interessen nur dann durchsetzen, wenn sie sich unabhängig von allen Flügeln der Bourgeoisie organisieren.

Das bedeutet einerseits, dass wir für die breiteste Einheit aller ArbeiterInnen im Kampf für ihre gemeinsamen Interessen eintreten – denn nur vereint können wir uns den Angriffen der KapitalistInnen entgegensetzen. Das bedeutet andererseits, dass wir innerhalb der ArbeiterInnenbewegung für ein revolutionäres Programm kämpfen – denn die wirkliche Einheit unserer Klasse kann nur zu Stande kommen, wenn wir die bestehenden Führungen aus SozialdemokratInnen und ReformistInnen verschiedenster Couleur, die auf Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie setzen, gestürzt haben.

(Für uns hat **KLASSE GEGEN KLASSE** nichts mit der KPD zur Zeit des Stalinismus zu tun, die manchmal diese Losung verwendete, um jegliche Zusammenarbeit mit der „sozialfaschistischen" SPD abzulehnen. Genausowenig hat es mit der autonomen Gruppe aus den 90er Jahren zu tun, die ein Konzept des individuellen Terrorismus verfolgte.)

Es fällt auf, dass diese Losung immer öfter auf linken Demonstrationen und auf Wänden auftaucht (falls jemand fragt: *Wir waren es nicht!*). Das zeigt, mitten in einer historischen Krise des Kapitalismus, dass einige Sektoren der Jugend nicht nur den Klassengegensatz wiederentdecken, sondern auch auf dieser Grundlage Politik machen wollen.

Mit dieser Zeitschrift wollen wir die wichtigsten Lehren aus der Geschichte und aus dem internationalen Klassenkampf aufarbeiten. Auf der Grundlage eines Programms, das diese Lehren aufhebt, wollen wir uns mit den fortschrittlichsten Sektoren der ArbeiterInnenklasse und der Jugend fusionieren und damit zum Aufbau einer großen revolutionären ArbeiterInnenpartei beitragen, als Teil einer Weltpartei der sozialistischen Revolution, der Vierten Internationale.



Nr. 9. Refugees: Eine Klasse, ein Kampf! Schwerpunkt: Emanzipation der Frauen in Zeiten der Krise
36 Seiten – 2 €



Nr. 8. Ein Traumpaar? Große Koalition Schwerpunkt: 1.200.000 Stimmen für die Front der Linken und ArbeiterInnen in Argentinien
28 Seiten – 2 €



Nr. 7. Das Gespenst der deutschen Macht Schwerpunkt: Bewegung für eine Internationale der Sozialistischen Revolution
32 Seiten – 2 €



WAFFENDERKRITIK
marxistische Zeitung für Studierende von RIO und Unabhängigen
waffenderkritik.wordpress.com



Red Brain
linke SchülerInnengruppe in Berlin mit einer eigenen Zeitung
redbrain.blogsport.de

SPENDEN!

Für unsere Arbeit brauchen wir Geld! (*„Die Revolution wird gegen das Elend gemacht, und dann kostet sie noch Geld!"* – Bertolt Brecht.) Also bitten wir um eine Spende – entweder per PayPal (auf unserer Website) oder per Banküberweisung (Daten auf Anfrage).



Estrategia Internacional Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie (auf Spanisch)
Nummer 28 ist im September 2012 erschienen!



Streik gegen Prekarisierung Das „Schwarzbuch CFM-Streik" – eine kritische Bilanz von 13 Wochen Streik
36 Seiten – 2 €



Zanon gehört den ArbeiterInnen! Eine Belegschaft in Argentinien übernimmt ihre Fabrik und verwaltet sie selbst
20 Seiten – 1 €

ABOS: Unterstütze *Klasse Gegen Klasse* mit einem Abo! So bekommst du alle zwei bis drei Monate die neuste Ausgabe per Post – und wir bekommen regelmäßige Einnahmen für unsere politische Arbeit, die sich nicht auf diese Zeitschrift beschränkt.
Vier bis fünf Ausgaben im Jahr inklusive Porto kosten nur:
normales Abo: 15 Euro; **Solidaritätsabo:** 30 Euro

KONTAKT: info@klassegegenklasse.org
berlin@klassegegenklasse.org; **fu**@klassegegenklasse.org; **potsdam**@klassegegenklasse.org; **muenchen**@klassegegenklasse.org; **saarbruecken**@klassegegenklasse.org

www. KLASSE GEGEN KLASSE .org

➟ www.facebook.com/RevolutionaereInternationalistischeOrganisation





KLASSE
gegen
KLASSE
www.klassegegenklasse.org
Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie
von RIO – Nr. 10 – Mai-Juni 2014
2 Euro / 4 CHf – Solipreis: 4 Euro / 8 CHf
Krise in der Ukraine
Streit zwischen den imperialistischen Mächten und Russland
Kapitalismus auf Kuba?
Mit einem neuen Gesetz schreitet die kapitalistische Restauration voran
Streik in Argentinien
Generalstreik am 10. April gegen die Sparpakete der Kirchner-Regierung
Widerstand im Spanischen Staat
Am 15. Mai 2011 begannen Jugendliche im Spanischen Staat, öffentliche Plätze zu besetzen. Drei Jahre später, am 22. März 2014, demonstrierten Hunderttausende in Madrid. Was hat sich in diesen drei Jahren verändert?
RIO
Revolutionäre Internationalistische Organisation
Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale